

# Kommunalpolitische Perspektiven

## DKP Stuttgart

Frühjahr 2019

www.dkp-stuttgart.org

inkl. Auszügen aus unserem EU-Wahlprogramm

Am 26. Mai werden in Baden-Württemberg die Gemeinderäte und in der Region Stuttgart zusätzlich eine neue Regional-Versammlung gewählt. Dies nehmen wir zum Anlass, um einige Analysen, Einschätzungen und Forderungen rund um die kommunalen Angelegenheiten im Raum Stuttgart zu formulieren. Nicht aus Sicht der mit den großen Konzernen verbundenen, bürgerlichen Parteien, sondern aus Sicht der Beschäftigten, der Erwerbslosen, der SchülerInnen und Studierenden.

Was hat – gerade in Stuttgart – die Kommunalpolitik mit den weltweiten Kriegen und damit auch mit Vertreibung und Flucht zu tun? Wie steht es um die Grundversorgung in der Pflege und den Krankenhäusern? Was ist die Ursache von Mietwucher und Wohnungsknappheit und was können wir dagegen tun? Was können Wahlen ändern, was nicht? Zu all dem und noch einigem mehr sind auf den folgenden Seiten Antworten und Einschätzungen zu finden.

Wer entscheidet was und warum <b>Was ist Kommunalpolitik?</b>	Seite 2
Nein zur EU der Banken, Konzerne und Kriegstreiber <b>Auszüge aus unserem EU-Wahlprogramm</b>	Seite 3
Soziale Investitionen & Frieden statt Aufrüstung & Krieg <b>Stuttgart und die Kriegs-Infrastruktur</b>	Seite 4
Notstand in der Pflege <b>Die Profitorientierung des Gesundheitswesens in Stuttgart</b>	Seite 6
Teuer, eng, zunehmend schwierig <b>Wohnen in Stuttgart</b>	Seite 8
Armut und Reichtum <b>Warum viele nicht spüren, dass Stuttgart eine reiche Stadt ist</b>	Seite 9
Verkehr <b>Für eine soziale, ökologische und demokratische Verkehrspolitik</b>	Seite 10
<b>S21 – Umplanen statt das Chaos vollenden</b>	Seite 11
Für Solidarität und Klassenkampf <b>Beschäftigung und Arbeitskämpfe in Stuttgart</b>	Seite 12
Warum wir - nicht einfach nur - zur Wahl von SÖS und Die Linke aufrufen <b>Wenn Wahlen etwas ändern würden...</b>	Seite 14
<b>Interview mit Günther Klein (Kommunist und Kandidat bei SÖS)</b>	Seite 15
Grundrecht oder Mittel für die Kapitalverwertung? <b>Kommunale Energie- und Wasserversorgung</b>	Seite 16
Für den Kommunismus <b>Warum eine Alternative zum Kapitalismus alternativlos ist</b>	Seite 17
Blick über den Tellerrand <b>Kommunalpolitik mal anders: Türkei, Venezuela und die Pariser Kommune</b>	Seite 18
Nichts Rechtes <b>Keine Stimme der AfD!</b>	Seite 20



Wer entscheidet was und warum

# Was ist Kommunalpolitik?

Im Prinzip ist nahezu jede Wahlwerbung verlockend: Es werden mehr Wohlstand, Umweltschutz, sichere Arbeitsplätze, Frieden und noch einiges mehr versprochen. Wie viel davon tatsächlich ernst gemeint ist, sei dahingestellt. Wirklich umgesetzt werden die Wahlversprechen jedenfalls bekanntlich eher selten. Tatsächlich geht es im Wahlkampf der bürgerlichen Parteien vor allem darum, wer sich Posten sichern kann und ob die herrschende Politik oberflächlich eher einen schwarzen, gelben, roten oder grünen Teint bekommt. Zudem geht es bei den Wahlen darum, das politische System, das im Prinzip lediglich alle paar Jahre eine – auf vielfältigste Weise durch bürgerliche Medien und Wahlversprechen manipulierte – minimale demokratische Partizipation zulässt, zu legitimieren.

Entscheidungen werden nach den Wahlen praktisch nicht mehr von den Wählerinnen und Wählern getroffen und insbesondere auf kommunaler Ebene auch nur eingeschränkt von den gewählten Vertretern. Im Wesentlichen wird die Politik von den oberen Etagen der mächtigen Konzerne bestimmt. Abgesehen von den direkten personellen Überschneidungen von Kapital und Politik werden die Interessen auch über Lobbyisten und die Verteilung von

Wahlkampfspenden geltend gemacht. Auch die kapitalistischen „Sachzwänge“, d.h. der eingeschränkte Spielraum für politische Entscheidungen in einem auf Profitzwang und Konkurrenz basierendem System, tragen ihren Teil dazu bei, dass von einer tatsächlichen Demokratie, also im wörtlichen Sinne einer Volksherrschaft, nicht gesprochen werden kann.

Neben den direkt von Kapitalinteressen bestimmten politischen Entscheidungen, hat die kapitalistische Ökonomie auch ganz grundlegend Vorrang vor den Interessen der Bevölkerung. Denn natürlich richten sich die Entscheidungen auch in der Kommune danach, was „wirtschaftlich“ ist. D.h. Verkehr, Schwimmbäder, Krankenhäuser, Theater oder Sporthallen werden, auch wenn sie noch nicht privatisiert wurden, nicht danach ausgerichtet, ob die Menschen an dieser oder jener Gestaltung Bedarf und Interesse haben, sondern danach, ob es wirtschaftlich profitabel erscheint. Dementsprechend macht es heute (trotz der nur so vorhandenen Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung) kaum noch einen spürbaren Unterschied ob Unternehmen in kommunalem, bzw. staatlichem oder in privatem Besitz sind. Die kapitalistische Profitlogik wird überall zur Grundlage genommen.

Tatsächliche demokratische Mitbestimmung, Transparenz

und offene Diskussion der Menschen, die von den Entscheidungen betroffen sind, kommen dementsprechend allenfalls an der Oberfläche vor und sind in ihren Wirkungsmöglichkeiten nicht mehr als Tropfen auf den heißen Stein. Dabei sollte es in der Kommune doch schlicht um folgendes gehen: Darum dass die Menschen ihr Zusammenleben organisieren. Dass sie demokratisch entscheiden, wie in ihrer Umgebung kommunale Einrichtungen organisiert werden, welche Schwimmbäder, Krankenhäuser oder Sporthallen benötigt werden, welche Regeln, Baumaßnahmen oder Freizeitangebote in die Wege geleitet werden müssen.

*Privatwirtschaftliche Interessen, Profitabilität, Unternehmensstärkung* etc. sind keine natürlich gegebenen Zwänge, sondern Kategorien, die nur in einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft überhaupt eine Bedeutung haben. Es mag so scheinen, dass nur auf dieser Basis eine funktionierende Gesellschaftsordnung und die Entwicklung von Wohlstand möglich sind. Bei genauerer Betrachtung wird aber deutlich, dass heute eher das Gegenteil der Fall ist. Etwa wenn dem Allianz-Konzern in Stuttgart-Vaihingen erlaubt wird, eine der wichtigsten Frischluft-Schneisen für Stuttgart zuzubauen und in vor-

auseilendem Gehorsam sogar Wohnraum zerstört wird um Flächen dafür zur Verfügung zu stellen, wenn Milliarden (bzw. alleine von der Stadt und Region Stuttgart hunderte Millionen) in das untragbare Projekt Stuttgart 21 gesteckt werden, wenn jeder noch übrig gebliebene Bereich von der Wohnung bis zum Krankenhaus nach und nach privatisiert wird oder wenn Leben und Gesundheit einer unbestimmten Zahl an Menschen über viele Jahre durch den städtischen Verkehr in Mitleidenschaft gezogen wird, ohne dass ausreichende Initiativen für Verbesserungen ergriffen wurden. Das alles in einer Zeit, in der sich der von der gesamten Gesellschaft erwirtschaftete Reichtum in der Hand weniger Milliardäre konzentriert und die Lücke zwischen Reich und Arm immer weiter auseinanderklafft.

Die Alternative scheint zugegebenermaßen heute utopisch: Eine Kommunalpolitik, die sich tatsächlich an den Interessen der Mehrheit der Menschen in dieser Kommune ausrichtet. Eine Verwaltung, die sich nicht zuletzt auch zur Aufgabe setzt, für Transparenz und einen umfassenden Zugang zu Informationen, für möglichst breite Debatten und ehrliche Abstimmungen zu sorgen. Delegierte, bzw. Räte in Versammlungen, die direkt gewählt und auch wie-



der abgesetzt werden können, wenn sie nicht entsprechend ihren Mandaten handeln. Eine Stadtentwicklung, in die das Engagement, die Kreativität, die Erfahrungen und Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner einfließen, da sie sich als mündige Bürger betrachten, die wissen, dass sie tatsächliche Gestaltungsmöglichkeiten haben und nicht ohnehin alles von den „Großkopfeten“ entschieden wird. Die Bedingungen hierfür wären reif: Umfangreiche Kommunikationsmöglichkeiten, vernetzte und real im Wesentlichen bereits von den Beschäftigten organisierte kommunale Betriebe und vielfältige Erfahrungen sind ebenso vorhanden, wie zumindest in Teilen fortschrittliche Mitgestaltungsmöglichkeiten in Form von Bürgerentscheiden, sowie ein verbreitetes Interesse an einer Verbesserung der demokratischen Mitgestaltung.

So weit wir heute auch von der Realisierung einer so umfassenden Perspektive entfernt sind, die ersten notwendigen Schritte sind jeden Tag zu sehen. Die Bewegung gegen Stuttgart 21, inkl. der Entwicklung von Alternativkonzepten, die breite Solidarisierung bei Streiks der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, Mieterinitiativen, Pro-

teste gegen Militäreinrichtungen wie Eucom und Africom, viel ehrenamtliches Engagement in unterschiedlichsten Initiativen, aber auch der politische Widerstand etwa gegen rassistische Hetze auf rechten Kundgebungen haben eines gemeinsam: Sie sind Ausdruck des Engagements und der Organisation der Menschen in ihrem direkten Umfeld gegen die Auswirkungen des kapitalistischen Irrsinns und für Alternativen.

Dieses Engagement muss weiter entwickelt werden – unterstützt und strukturell gefördert von Initiativen der fortschrittlichsten Kräfte im Gemeinderat und der Regional-Versammlung, aktuell also von SÖS und der Partei die Linke, perspektivisch auch wieder von einer kommunistischen parlamentarischen Fraktion. Die Erfolge, die in Ansätzen bei jedem Protest, mit jeder Initiative und durch Kampagnen erreicht werden können, müssen dann in Verbindung gesetzt werden mit einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive, in der Wirtschaft und Politik nicht mehr nach Kapitalinteressen ausgerichtet, sondern sozialistisch, d.h. von und im Interesse der Bevölkerung organisiert werden. Erst dann kann Kommunalpolitik das sein, was sie sein sollte: Das selbstbestimmte Organisieren des Zusammenlebens der Menschen bei dem staatliche Strukturen nicht mehr autoritär, manipulierend und bestimmend eingreifen, sondern lediglich für das Funktionieren der demokratischen Prozesse und die Umsetzung der Beschlüsse sorgen.



**Am 26. Mai finden auch die Wahlen zum EU-Parlament statt. Jede Stimme für die DKP ist ein Protest gegen die EU als ein undemokratisches und militaristisches Projekt. Jede Stimme für die DKP ist außerdem eine Stimme für ein Europa der internationalen Solidarität, des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts.**

**Auszüge aus dem DKP EU-Wahlprogramm:**



Im EU-Wahljahr 2019 feiert sich die EU als Garant des Friedens, einer sozialen und lebenswerten Zukunft. Das hat mit der Realität der meisten Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und den anderen EU-Ländern nichts zu tun: Billiglöhne, Armutsrenten, unbezahlbare Mieten und Gesundheitskosten prägen immer mehr den Alltag. Millionen leben von der Hand in den Mund. Während eine superreiche Finanzelite, die Eigentümer der Banken und Konzerne sowie Großaktionäre mit Hilfe der EU Milliarden in die Absicherung ihrer Profite stecken, wird die Zukunftsperspektive der Arbeiter, Angestellten, Rentner und der Jugend düster. Die Politik der EU steht für Sozialkürzungspolitik per Schuldenbremse, Privatisierung öffentlichen Eigentums, finanzielle Erdrosselung der Kommunen. Mit Sanktionen gegen Syrien und Aufrüstung gegen Russland steht die EU fest an der Seite von NATO und USA.

#### **Die DKP sagt Nein zur EU!**

Die DKP kandidiert am 26. Mai 2019 zu den EU-Wahlen, um den Widerstand gegen Krieg, Sozial- und Demokratieabbau in diesem Land zu stärken und dem Widerstand gegen die EU eine fortschrittliche Stimme zu geben.

#### **Die EU steht für Krieg!**

Die EU ist auf das Engste mit dem Kriegs Bündnis NATO verbunden. Die Kriegsgefahr geht heute von der Aggression der NATO und der EU gegen die Russische Föderation und die VR China aus. Die EU hat mit ihrer Politik, die Ukraine per Assoziierungsabkommen in den westlichen Einflussbereich zu bringen, erheblich zu dieser Zuspitzung beigetragen und ist gemeinsam mit den US-Regierungen verantwortlich für den rechten Putsch und den Krieg in der Ukraine.

Mit dem Militärbündnis PESCO wird innerhalb der EU die Aufrüstung vorangetrieben. Die wichtigsten Rüstungsbetriebe Frankreichs und Deutschlands entwickeln gemeinsam völlig neuartige Tötungssysteme, dies wird Kosten von mehreren hundert Milliarden Euro verursachen. Die USA drohen mit der Produktion von neuen atomaren Mittelstreckenraketen. Deutsche Militärstrategen diskutieren darüber, „nukleare Abschreckung“ in Europa selbst zu organisieren. Europa als Kriegsschauplatz mit atomaren Waffen – diese Gefahr für die Menschen in Europa ist heute real.

Die DKP sagt: Deutschland raus aus der NATO! US-Atomwaffen raus aus Deutschland! PESCO abschaffen! Frieden mit Russland!

#### **Die EU steht für Hochrüstung!**

NATO, EU und Deutschland rüsten auf. Mit dem Feindbild Russland im Visier haben sich die NATO-Staaten verpflichtet, bis 2024 ihre Rüstungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen. Für Deutschland bedeutet das eine Verdoppelung des Rüstungsetats auf ca. 80 Milliarden Euro. Auch die EU hat ihre Mitglieder bereits 2007 im Lissabon-Vertrag zur Aufrüstung verpflichtet. Dieses Geld fehlt für Gesundheit, Bildung und Soziales.

Gleichzeitig drängen die führenden EU-Länder Deutschland und Frankreich auf die Bildung einer EU-Armee. Damit verbunden wäre nicht zuletzt die Aushebelung der nationalen Parlamente bei der Zustimmung zu Auslandseinsätzen. Deutsche Soldaten sind

# Stuttgart und die Kriegs-Infrastruktur

## Soziale Investitionen & Frieden statt Aufrüstung & Krieg

### Die Entwicklung in der gesamten BRD

Im November 2018 hat die schwarz-rote Bundesregierung den Wehretat um fast 5 Milliarden Euro von 38,5 auf 43,2 Mrd. erhöht, eine Steigerung von über 12 Prozent. Bis 2025 will die Kriegsministerin Ursula von der Leyen die Rüstungsausgaben auf mindestens 60 Mrd. Euro steigern. Dies geschieht vor dem Hintergrund einer massiven Aufrüstung und strategischen Kriegsvorbereitung der gesamten NATO: Zum einen zur Sicherung ihrer Einflussphären und zur Beseitigung unkooperativer Regierungen. Zum anderen direkt gegen die konkurrierenden Weltmächte China und Russland. Die jüngste Zuspitzung ist die Kündigung des INF-Vertrags (Verbot von atomaren Mittelstreckenraketen) von Seiten der USA im Februar 2019, was die Gefahr eines erneuten atomaren Wettrüstens in Europa in sich birgt. Es geht nicht darum, wie es uns die Leitmedien ständig einzutrichtern versuchen, einen russischen Angriff abzuwehren - dies ist wie schon 1914 und 1941 nur ein Vorwand. Die Ursachen für die zunehmende Militarisierung lassen sich vielmehr darin finden, dass die USA und ihre NATO-Partner mit militärischen Mitteln auf wirtschaftliche Konkurrenten reagieren. Der Wirtschaftskrieg mit Sanktionen gegen Russland, Strafzöllen gegen China, Protektionismus der USA, der deutschen

Exportwalze, etc. ist bereits in vollem Gange, es geht letztlich darum, dem nationalen Kapital möglichst hohe Profite zu gewährleisten. Dem deutschen Kapital, insbesondere den großen Monopolen, einen guten Platz zu sichern, versteht die deutsche Bundesregierung außenpolitisch als Ihren Kernauftrag. Schon immer, wenn es aus Sicht des Kapitals notwendig erschien, hat dies die Androhung von militärischer Gewalt und auch einen „großen“ Krieg mit den wirtschaftlichen Konkurrenten mit eingeschlossen. Die bisherigen Kriege führten schon zu millionenfachen Massenmorden. Ein Krieg heute, droht in einem atomaren Inferno zu enden.

### Stuttgart und Baden-Württemberg - Frieden statt Krieg?!

Stuttgart ist für die USA militärstrategisch eine der weltweit bedeutendsten Städte. Das Eucom in Stuttgart-Vaihingen ist das europäische Regionalkommando der amerikanischen Streitkräfte, von dem aus alle NATO-Manöver, z.B. im Bereich der russischen Westgrenze und mögliche Kriegseinsätze, auch die atomaren, geplant und gesteuert werden. Die Zuständigkeit des Eucom geht bis an die russisch-nordkoreanische Grenze.

Hinzu kommt das Africom in Stuttgart-Möhringen, zuständig für die Kriege in Afrika, was den Einsatz von bewaffneten Drohnen mit einschließt.

Es handelt sich hierbei weltweit um die einzigen US-Regionalkommandos außerhalb der USA.

In der Theodor-Heuss-Kaserne in Bad Cannstatt sind das Landeskommmando der Bundeswehr, der Militärische Abschirmdienst (MAD), sowie der Reservistenverband stationiert. Der Standort spielt daher eine nicht zu unterschätzende Rolle bei militärischen Planungen der Bundeswehr.

Rund 20 Rüstungs-Betriebe haben Ihren Sitz im Stuttgarter Raum. In Ditzingen bei Stuttgart hat die französisch-deutsche Firma Thales ihren Hauptsitz. Es handelt sich um das viertgrößte europäische Rüstungsunternehmen und um das zwölftgrößte weltweit. Der Rüstungsbetrieb hat mit der Ditzinger Realschule sowie dem Gymnasium in der Glemsau eine Bildungspartnerschaft geschlossen, die auch dazu führen wird, dass die SchülerInnen und Schüler von Grund auf einen positiven Bezug zu Kriegswaffen und der Logik militärischer Konfliktlösungen entwickeln.

Bis zu 25.000 Menschen arbeiten in Baden-Württemberg in der Rüstungsindustrie - das ist etwa ein Viertel aller Rüstungsbeschäftigten in Deutschland. Insgesamt gibt es in Baden-Württemberg in 70 Orten 120 Firmen, die mit Rüstungsgütern Geld verdienen. Ihre Produkte haben den Zweck Menschen zu töten und zu verletzen, sie kommen zum Einsatz in Rake-

ten, Lenk Waffen, Jagdfliegern, Panzern, Atom-U-Booten und Drohnen. Auch große Konzerne wie Daimler, die dies nicht an die große Glocke hängen, produzieren Rüstungsgüter. Ulm erhält ein neues NATO-Kommandozentrum unter Führung der Bundeswehr für schnelle Material- und Truppentransporte in Europa und vor allem an die mögliche „Ostfront“. In Hardheim nördlich von Heilbronn wird ein neues Panzerbataillon stationiert. Hinzu kommen in unmittelbarer Umgebung ein Material- und ein Munitionslager. Weitere Material- und Munitionslager werden im Pforzheimer Raum eingerichtet. Somit entstehen in Baden-Württemberg 50% aller bundesweit neuen Depots. Die reinen investiven Ausgaben alleine für die Depots kosten den Steuerzahler rund 60 Mio. Euro, 750 neue Stellen werden hierfür geschaffen. Stattdessen könnten viele neue Kindergartenplätze gebaut und 750 Pflegekräfte oder LehrerInnen eingestellt werden. Das Investieren in das Töten verhindert das Investieren in das Leben.

Es erfordert auch nicht sehr viel Fantasie, um sich eine Vorstellung darüber zu machen, was es im Falle eines Krieges



für die Bevölkerung bedeutet, inmitten einer solchen Menge an militärischen Zielen zu leben. Stuttgart und viele weitere Kommunen in Baden-Württemberg wären in diesem Fall nicht nur Orte von denen aus Krieg geführt wird, sondern auch Orte in die der Krieg hineingetragen wird.

2016 hat der Stuttgarter Gemeinderat in seiner Nachhaltigkeitsrichtlinie u.a. beschlossen, das Vermögen der Stadt Stuttgart nur noch in Unternehmen anzulegen, die weder Militärwaffen noch Militärmunition herstellen oder vertreiben. Dieser richtige und notwendige Ansatz hat bisher aber nicht dazu geführt, dies auch auf Banken auszudehnen, die Rüstungs-Firmen finanzieren. Die LBBW etwa, die zu knapp 19% der Stadt Stuttgart gehört, finanziert u.a. Thyssen Krupp, ein Konzern der U-Boote, die sogar mit Atomraketen bestückt werden können, für kriegsführende Mächte baut, sowie Rheinmetall, ein Konzern der am Bau des türkischen Kampfpanzers Altay beteiligt ist. Diese Panzer wurden ebenso, wie weitere Panzer aus deutscher Produktion, auch gegen die Zivilbevölkerung und

beim Einmarsch in Afrin in Syrien eingesetzt.

#### **Für eine Stadt des Friedens!**

Erst die Enteignung der Rüstungskonzerne und die Umstellung der Produktion, sowie ein sozialistisches ökonomisches und politisches System, das auf Frieden und Internationalismus ausgerichtet ist, wird die Kriegsgefahr beheben. Dennoch ist der Kampf gegen Aufrüstung und Kriege einer unserer wichtigsten Abwehrkämpfe und Stuttgart liefert zahlreiche Beispiele und Möglichkeiten, über seine Kommunalpolitik Akzente zu setzen:

- Keine Geschäfte mit Firmen, die militärische Güter oder Bestandteile davon produzieren. Keine Geldanlage bei Banken, die in Rüstungsgeschäfte investieren.

- Erziehung zu Frieden und Solidarität an Stuttgarter Kitas und Schulen. Lehren von friedlichen Konfliktlösungen, keine Bildungspartnerschaften mit Firmen, die Rüstungsgüter produzieren und kein Raum für das Werben der Bundeswehr.

- Umwandlung der Theodor-

Heuss-Kaserne, des Africom, des Eucom und der Robinson Barracks in Gebäude der zivilen Nutzung. Raum für tausende neue Wohnungen, Kindergärten, Schulen und kulturelle Räume statt Infrastruktur für den Krieg!

- Ächtung sämtlicher Unternehmen, die mit Waffen und Kriegen Profite machen: Werbeverbot, Ausschluss aus der Auftragserteilung und Verweigerung sämtlicher Infrastruktur.

- Förderung der Rüstungskonversion, d.h. der Umwandlung

der Produktion von Waffen in die Produktion von Gütern mit tatsächlichem gesellschaftlichem Nutzen.

- Zivilklauseln, mit denen das Verbot militärischer Forschung festgeschrieben wird, an den Universitäten in Stuttgart und Hohenheim.

- Als Landeshauptstadt und über den Städtetag etc. ein Wirken über die Stadtgrenzen hinaus für eine friedliche Welt und gegen die Kriegshetze. Unterstützung sämtlicher lokaler und überregionaler Initiativen und Kampagnen dahingehend.

#### Fortsetzung von Seite 3

bereits heute im Rahmen verschiedener Militärmissionen weltweit im Kriegseinsatz. Der EU-Kriegseinsatz in Mali wird zum zweiten Afghanistan.

Die DKP sagt: Abrüsten statt Aufrüsten! Weg mit dem 2-Prozent-Ziel der NATO! Schluss mit allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr! Kein Aufbau einer EU-Armee!

#### **Die EU steht für Flucht!**

Die Kriegspolitik von NATO und EU, die Wirtschafts- und sogenannte Freihandelspolitik der EU und die Zerstörung der Umwelt durch den Raubbau an Ressourcen sind Fluchtursachen. Die EU zerstört Lebensbedingungen in Afrika und dem Nahen Osten, aber auch in der eigenen Peripherie. Mit schmutzigen Deals und sogenannten Rücknahmeabkommen, Auffanglagern und der militärischen Grenzschutzagentur Frontex schottet sie sich vor dem selbst verursachten Elend ab. Tausende Flüchtlinge ertrinken im Mittelmeer. Sie sind in der EU nicht „verwertbar“.

Die DKP sagt: Fluchtverursacher bekämpfen, nicht Geflüchtete! Frontex abschaffen!

#### **Die EU steht für Ausbeutung!**

Wenn die EU von Freiheit spricht, ist stets die Freiheit der Banken und Konzerne gemeint. Kapitalverkehrsfreiheit, EU-Freihandelsabkommen und die „Freiheit des Personenverkehrs“ in der EU bedeuten Ausbeutung pur. Fachkräfte und gut ausgebildete Arbeitskräfte vor allem aus Afrika und dem Nahen Osten, aber auch gering Qualifizierte zum Beispiel aus ärmeren Ländern der EU-Peripherie sind durchaus willkommen. Diese Migrationspolitik zeigt das wahre Gesicht von Merkels „Willkommenskultur“ und entlarvt die Heuchelei in der Flüchtlingsdebatte.

Arbeitskräfte aus dem Ausland werden zum Beispiel im Gesundheitswesen zu Niedriglöhnen und zu miesen Arbeitsbedingungen angeworben. Diese neokoloniale Politik blutet die Herkunftsländer aus, weil dort Fachkräfte abgezogen werden. Gleichzeitig erhöht sie den Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen in diesem Land. Flüchtlinge und Migranten werden als Druckmittel gegen die einheimischen Beschäftigten instrumentalisiert. Rassismus und das Erstarken rechter Bewegungen sind dabei kein Kollateralschaden, sondern werden bewusst gefördert, um von den Verursachern der Misere abzulenken.

Die DKP sagt: Solidarität statt Ausgrenzung. Für Gesetzliche Mindestlöhne ohne Ausnahmen. [...]

Das vollständige Programm ist auf unserer Webseite zu finden.

**Wir Stuttgarterinnen und Stuttgarter finanzieren mit unseren Steuergeldern 2019 den Rüstungshaushalt mit rund 325 Millionen Euro. Geld, das dringend benötigt wird zur Schaffung von günstigem Wohnraum, für ein funktionierendes Gesundheits- und Pflegesystem, für die Sanierung der Schulen, für genügend Personal an den Kindergärten und Schulen usw.**



## Notstand in der Pflege

# Die Profitorientierung des Gesundheitswesens in Stuttgart

Fast die Hälfte der Durchschnittseinkommen führen die lohnabhängigen Beschäftigten als direkte und indirekte Steuern ab. Eigentlich um notwendige öffentliche Aufgaben, wie das Gesundheitswesen, zu finanzieren, nicht um Banken und Konzerne zu sponsern oder ein neues Wettrüsten zu bezahlen.

Nicht zufällig war es bis 1984 gesetzlich verboten, dass Krankenhäuser Gewinne machen. Die Krankenversorgung sollte, wohl auch wegen der Systemkonkurrenz mit den sozialistischen Staaten, allgemeine und nicht kommerzielle Zwecke erfüllen. Im Zug der staatlichen Umverteilung von unten nach oben wurden jedoch immer mehr öffentliche Einrichtungen (darunter viele Krankenhäuser) privatisiert und müssen nun Profite erzielen. Auch die Kliniken, die noch öffentliches Eigentum sind, werden massiv unter Sparzwang gesetzt. Gespart wird bei den Patientinnen und Patienten, die immer mehr zuzahlen müssen und dafür immer weniger Leistungen bekommen bzw. immer schlechter versorgt werden. Gespart wird auch am Pflegepersonal, das unter schwierigsten Bedingungen, Personalmangel, Arbeitsstress und niedrigen

Löhnen für das Wohl der Patientinnen und Patienten sorgen muss. Der Begriff „Pflegenotstand“ ist aus gutem Grund in aller Munde.

Derzeit werden Krankheiten nicht nach dem erforderlichen Aufwand, sondern nach Pauschalsummen (Fallpauschalen, den so genannten DRGs) abgerechnet. Wenn in einem Krankenhaus (weil in konkreten Fällen nötig) mehr Zeit, Mittel, Untersuchungen, Behandlungsmethoden etc. aufgewendet werden als pauschal vorgegeben, macht es damit Verluste. Das Personal steht deshalb unter dem Druck, dies zu vermeiden. PatientInnen geraten in Gefahr, deshalb nicht ausreichend behandelt (sondern z.B. vorzeitig entlassen) zu werden. Auch Pflegekapazitäten werden nur noch auf minimalem Niveau eingesetzt, was oft zu Unterversorgung bis hin zu „gefährlicher Pflege“ führt.

Mittlerweile werden Krankenhäuser geführt wie Fabriken und in jeder Fabrik steht im Kapitalismus immer der Gewinn im Mittelpunkt – nicht der Mensch. Gesundheit als Ware, das ist so krank wie die Logik dieses Systems, das grundsätzlich alles zur Ware macht.

### Stationäre Versorgung in Stuttgart

Die gleichen Parteien, die in Bund und Land mit ihrer Politik dafür sorgen dass die

Reichen immer reicher werden, setzen dort wo es um die Lebensqualität der Bevölkerungsmehrheit geht Sparmaßnahmen durch. Auch in den Stuttgarter Kliniken: Unter dem Druck, dass ansonsten gar keine Vereinbarung abgeschlossen wird, haben sich z.B. der Personalrat des Klinikums und Ver.di vertraglich auf das Ziel verpflichtet, der Stadt bis zum Jahr 2021 ein „ausgeglichenes Klinikum-Betriebsergebnis“ zu beschere. Die Versorgung der Patientinnen und Patienten soll sich folglich ebenso wie die Arbeitsbedingungen der Krankenhausbeschäftigten auch hier nicht danach richten was nötig ist, sondern danach was als wirtschaftlich gilt. So sieht die Abwicklung eines öffentlich finanzierten Gesundheitswesens aus. Allein die Besetzung der aktuell mehr als 100 offenen Stellen würde über 4 Mio. € zusätzlich kosten. Ganz zu schweigen von den vielen dringend nötigen weiteren Stellen, die für die Einhaltung der Arbeitnehmerschutzrechte und eine gute Patientenversorgung nötig wären.

Im „Verband der Krankenhäuser in Stuttgart e.V.“ wurden

die 15 größten Krankenhäuser der Stadt unter dem Vorsitz des 1. Bürgermeisters zusammengeschlossen. Einsparungen der Einen führen zu Mehrbelastung der Anderen. So gibt es z.B. im Krankenhaus Bad Cannstatt keine Gynäkologie und Geburtshilfe mehr. Aus Kostengründen werden immer mehr geburtshilfliche Einrichtungen geschlossen, zuletzt die über 100 Jahre alte Geburtshilfe im Charlottenhaus. In den anderen Krankenhäusern, in die viele der betroffenen Frauen jetzt gehen müssen, gibt es keinen Personalausgleich für den Zuwachs.

Bereits 4 der 15 zusammengeschlossenen Krankenhäuser gehören dem Klinikkonzern SANA. Im Oktober 2017 wurde zudem beschlossen die Rechtsform des Stuttgarter Klinikums von einem städtischen Eigenbetrieb in eine Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts zu ändern. Wir sehen darin einen Schritt in Richtung weiterer Privatisierungen und Ausgründungen.

Die Beschäftigten in den Stuttgarter Krankenhäusern sind, wie die Kolleginnen und Kol-



legen in praktisch allen Regionen, mit zunehmendem Stress am Arbeitsplatz konfrontiert. Viele flüchten daher in Teilzeit oder ganz aus dem Pflegeberuf. Zuletzt hat sich die Stadt Stuttgart mit einem Trick auch noch ihrer Verpflichtungen, den Beschäftigten wenigstens ausreichende und bezahlbare Wohnheimplätze zur Verfügung zu stellen, weitgehend entledigt: Sie hat die klinik- also stadteigenen Wohnheime an die ebenfalls stadteigene SWSG verkauft. Die Beschäftigten sollen nun künftig nicht mehr die günstigen tariflich vereinbarten Mieten bezahlen, sondern wesentlich höhere Kostenmieten. Wenngleich es hierfür zumindest vorübergehend einen Mietzuschuss gibt, muss davon ausgegangen werden, dass hier in absehbarer Zeit erneut der Rotstift angesetzt werden soll. Davor wurde bereits die vertragliche Verpflichtung des Klinikums bis 2025 mindestens 1050 Wohneinheiten vorzuhalten auf 770 Wohneinheiten reduziert.

Aktuell sollen die 3 Wohnheime in Bad-Cannstatt abgerissen und mit teureren Wohneinheiten neu aufgebaut werden. Die Personalsituation des Klinikums wird dadurch weiter verschärft, da die MieterInnen, deren Mietverträge gekündigt wurden, neue höhere Mieten nicht bezahlen können und auch sonst keine bezahlbaren Wohnungen finden. Es ist abzusehen, dass einige von ihnen deswegen ihr Arbeitsverhältnis kündigen und weg ziehen werden.

### Unsere Forderungen

Im Gesundheitswesen wird ähnlich wie bei der Bildung, dem Verkehr oder der Energieversorgung am deutlichsten,

dass eine kapitalistische Ökonomisierung, also eine Ausrichtung auf Profiterzielung, den Interessen der Bevölkerungsmehrheit diametral entgegensteht. Perspektivisch sind daher insbesondere und möglichst rasch diese Bereiche der Kapitalverwertung zu entziehen und zu vergesellschaften.

Umgehend müssen das gegenwärtige Prinzip, nach dem die Krankenhäuser gezwungen werden, sowohl am Personal, als auch an den Patientinnen und Patienten zu sparen, durchbrochen und das DRG-System abgeschafft werden. Die Behandlungskosten sind nach dem tatsächlichen Aufwand entsprechend den medizinischen und pflegerischen Erfordernissen zu bezahlen.

Folgende kommunalpolitische Forderungen können weitere Schritte auf dem Weg zu einer gesellschaftlichen Gesundheitsversorgung auf Höhe der Zeit bilden:

- Kommunalisierung aller privatwirtschaftlich geführten Krankenhäuser, d.h. ihre Übernahme in den Öffentlichen Dienst, um den Missbrauch von Krankenkassengeldern u.a. für Konzernprofite zu beenden.

- Die Rechtsformänderung des Stuttgarter Klinikums zur Öffentlichen Anstalt kommunalen Rechts muss rückgängig gemacht werden.

- Die menschenverachtende Verpflichtung des Klinikums auf ein „ausgeglichenes Betriebsergebnis“ muss aufgegeben werden.

- Der Pflegenotstand in den Stuttgarter Krankenhäusern muss durch ein Paket von freiwilligen Leistungen der Stadt zur Erhöhung der Attraktivität

(insbesondere des Pflegedienstes) bekämpft werden, z.B. Anhebung der Vergütungen um etwa 30 Prozent entsprechend dem Masterplan, den das Deutsche Institut für Pflegeforschung zur Behebung des Pflegenotstands erarbeitet hat, sowie die umgehende Reduzierung der Regelarbeitszeit auf höchstens 35 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

- Die stationäre Patientenversorgung in den Stuttgarter Krankenhäusern darf sich nicht nach Versicherungs- oder Aufenthaltsstatus richten, sondern nach medizinisch notwendiger Indikation und Notwendigkeit.

- In vielen Krankenhäusern bundesweit gibt es inzwischen Haustarifverträge zur Entlastung der Krankenhausbeschäftigten, d.h. Personalaufstockung gegen Pflegenotstand. Die Stadt Stuttgart muss der Gewerkschaft ver.di einen solchen Tarifvertrag anbieten, ein

Maßstab wäre die Pflegepersonalregelung von 1993 plus 20% für den Pflegedienst in allen Krankenhäusern der Stadt, die Einhaltung der Psychiatrie Patientenverordnung in der Psychiatrie ebenfalls mit einem 20prozentigen Aufschlag und ein entsprechendes Konsequenzen-Management, wenn diese Regelungen nicht eingehalten werden.

- Die Reinigungskräfte sind in die jeweiligen Stationsteams zu integrieren und zunächst mindestens in die Entgeltgruppe 3 hochzugruppieren.

- Aufstockung des Bestandes der Wohneinheiten in Klinik-Personal-Wohnheimen durch Neubau auf 1500 Wohneinheiten. Finanzielle Nachteile, die sich für Beschäftigte aus dem Verkauf der Wohnheime ergeben, sind dauerhaft auszugleichen. Für sie muss das Niveau der Tarifmieten erhalten bleiben.

**Bei vielen Stuttgarterinnen und Stuttgartern ist eine Pflege im Alter durch Angehörige nicht gewährleistet (ca. 50% der Haushalte sind Single-Haushalte) und zahlreiche niedergelassene Ärzte und Kinderärzte geben in den nächsten Jahren altersbedingt ihre Praxen auf. Auch deswegen ist eine bessere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung geboten:**

Über alle Wohngebiete der Stadt muss ein Netz von Gesundheitszentren bzw. Polikliniken geschaffen werden, die zum öffentlichen Dienst gehören. Das Personal der Gesundheitszentren ist über ein Rotationssystem an das Klinikum Stuttgart anzubinden und nach TVÖD bzw. TV Ärzte zu bezahlen. In diese Gesundheitszentren sollen die Sozialstationen integriert werden.

Vakante Kassenarztsitze müssen von der Stadt übernommen und ggf. durch Personal der Gesundheitszentren/Polikliniken besetzt werden.

Neben der medizinisch-pflegerischen Versorgung muss über die Gesundheitszentren u.a. folgendes für die NutzerInnen kostenlos organisiert werden:

Systematische aufsuchende und aktivierende Betreuung von Schwangeren und Wöchnerinnen (durch Hebammen), von Schwerekranken, von Kindern nach Krankenhausaufenthalt von älteren Menschen über 75 Jahren.

Verbindliche und kostenlose schulärztliche und schulzahnärztliche Untersuchung aller SchülerInnen einmal pro Jahr ( evtl. in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt)

Laut WHO gehören Unfälle durch Alkohol- und Drogeneinfluss sowie Suizid zu den 3 häufigsten Todesursachen von Jugendlichen, daher muss in Zusammenarbeit mit den Schulen, dem Jugend- und Sozialamt zur Prophylaxe in dieser kritischen Entwicklungsphase mit allen SchülerInnen und Auszubildenden vom 12. bis zum 19. Lebensjahr mindestens ein kostenloses einstündiges Gespräch mit einem Jugendpsychotherapeuten stattfinden.

**Rote Spritze**

Information des Branchenaktivs Gesundheitswesen der DKP  
Aktuelle Ausgabe & Archiv unter: [www.dkp-stuttgart.org](http://www.dkp-stuttgart.org)

Teuer, eng, zunehmend schwierig

# Wohnen in Stuttgart

Dass es schwierig bis nahezu unmöglich ist, überhaupt eine Wohnung in Stuttgart zu finden, ist bekannt. Auch dass die Mieten in Stuttgart mit durchschnittlich 13,50 Euro pro qm zu den teuersten in Deutschland gehören. Die Preise sind dabei allein in den letzten 12 Monaten um durchschnittlich rund 7% gestiegen, während das Angebot an Sozialwohnungen in den letzten Jahren rückläufig ist. Zeitgleich gibt es u.a. durch Immobilien-Spekulationen einen Leerstand von mehreren tausend Wohnungen und obendrein mehrere hunderttausend qm leerstehende Gewerbe-, bzw. Büroflächen. Auch durch Luxussanierungen, die der Schaffung von effektiv nutzbarem und bezahlbarem Wohnraum entgegenstehen, wird die Situation für Gering- und Normalverdiener immer dramatischer. Hinzu kommen immer wieder Fälle, in denen Mieterinnen und Mieter mit einer kaputten Infrastruktur konfrontiert sind oder von Vermieterseite gezielt versucht wird, sie aus den Wohnungen zu mobben.

Anders als es von den bürgerlichen Parteien propagiert, reguliert sich der (Wohnungs) Markt durch Angebot und Nachfrage eben nicht selbst – zumindest nicht in einer Weise die das Grundrecht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum für alle gewährleistet. Auf dem Wohnungsmarkt geht es im Kapitalismus in erster Linie um Gewinne, die Bedürfnisse der Menschen nach

einer passenden, gesunden, menschenfreundlichen Wohnung sind dem untergeordnet. Der Anteil der Miete an den Lebenshaltungskosten ist in vielen Kommunen dadurch mittlerweile so hoch, dass Miete zahlen tatsächlich viele Menschen arm macht. Wohnungsgesellschaften wie Vonovia, Deutsche Wohnen, LEG usw. werden beim Vermieten dafür immer reicher.

In jedem Fall sind daher Initiativen von MieterInnen der richtige Schritt um die Interessen der Bevölkerungsmehrheit gegen Mietwucher und für akzeptable Wohnverhältnisse durchzusetzen. Allein dadurch lassen sich die kapitalistischen Prinzipien von Profit und Konkurrenz – die auch für das Vermieten gelten – jedoch nicht aushebeln. Jeder Vermieter, vom Hausbesitzer bis zu den großen Konzernen wird in diesem System weiter seine Rechnung präsentieren: Die Kosten für Hausbau, Renovierung, Instandhaltung etc. und natürlich einen gewissen Gewinn. Der Konkurrenzkampf führt dazu, dass sich Instandhaltung, Sanierung oder auch Neubau stets in erster Linie nach wirtschaftlichen Interessen richten. Wohnraum als Ware bedeutet letztlich: Staatliche Eingriffe, die im besten Fall das Grundrecht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum für alle gewährleisten würden, werden immer an eine Grenze stoßen – bzw. aufgrund der Machtverhältnisse schon ein gutes Stück vor dieser Grenze enden. Wohnungen und Grundstücke

über die zumindest theoretisch die Allgemeinheit verfügen kann, da sie in staatlichem Besitz sind werden immer weniger. Stück für Stück wurden in den letzten Jahrzehnten immer mehr Immobilien und Grundstücke privatisiert, stehen also explizit für die Kapitalverwertung und nicht mehr zur Befriedigung der allgemeinen Interessen zur Verfügung.

Anders als gängige Klischees behaupten, sehen wir als Kommunistinnen und Kommunisten die Perspektive nicht in der Enteignung der kleinen Häuslebauer. Das Wohnen jedes und jeder einzelnen muss jedoch unabhängig von Profitinteressen möglich werden. Immobilienunternehmen sind zu enteignen, Grund und Boden weitgehend wieder zu vergesellschaften. Während es keinen Grund gibt, für diejenigen die sich ein Haus erarbeitet haben, einen Garten oder ein Stück Land besitzen etwas zu ändern, gehören Spekulationen und das Handeln mit Grundstücken und Wohnraum auf den Müllhaufen der Geschichte. Grund und Boden, sowie Wohnraum sind nicht als Waren zu betrachten, sondern als Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse der Allgemeinheit!

Kommunalpolitisch gibt es zahlreiche Möglichkeiten und auch dringende Notwendigkeiten zumindest die ersten Schritte zu tun – über die linken Parteien im Gemeinderat aber auch spürbaren gesellschaftlichen Druck. Unsere Forderungen:

- Regulierung durch festgesetzte niedrige Quadratmeterprei-

se für Mietwohnungen.

- Keine weitere Privatisierung kommunaler Wohnungen und keine weitere Veräußerung städtischer Grundstücke.

- Förderung von Genossenschaftswohnungen und Projekten des Miethäusersyndikats.

- Eine aktive Wohnungsbau politik der Stadt, inkl. dem Rückkauf von Wohnungen, der Sanierung unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten, der Schaffung ausreichend vieler Sozialwohnungen.

- Rückumwandlung der SWSG von einer GmbH in städtischen Eigenbetrieb.

- Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau.

- Konsequente Bekämpfung von Leerstand auch bei Gewerbeimmobilien.

- Eine Stadtplanung nach Gemeininteressen: Keine weiteren Konzernniederlassungen, die Räume zubauen oder Frischluftschneisen vernichten, ausreichend Grünanlagen, Ausbau des ÖPNV etc.

- Stärkung von Mieterinitiativen, etwa durch Förderungen und direkte Ansprechstellen in der Kommune.

- Umwandlung der Kriegs-Infrastruktur Eucom, Africom und Theodor-Heuss-Kaserne in Gebäude der zivilen Nutzung. Raum für tausende neue Wohnungen, Kindergärten, Schulen und kulturelle Räume statt Infrastruktur für den Krieg!





**Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an.  
Und der Arme sagte bleich:  
Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich. (B. Brecht)**

# Stuttgart ist eine reiche Stadt

## – warum viele das nicht spüren und was sich ändern muss

„Stuttgart geht es saugt“ meinte OB Fritz Kuhn in einem Interview mit dem Südkurier im Juni 2018. Doch so rosig, wie es die Stadtspitze darstellt, ist es nicht. Zwar sprudeln die Gewinne insbesondere der großen Konzerne - 2017 machten allein Bosch, Daimler und Porsche zusammen über 16 Mrd € Gewinn nach Steuern. Zeitgleich gelten in Stuttgart nach dem Ersten Armuts- und Reichtumsbericht aber über 55.000 Bewohnerinnen und Bewohner als arm (ein Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 1033 € im Monat für Alleinerziehende). 45.000 weitere leben am Rande der Armut. Nach einer Erhebung des Statistischen Amtes gelten 14% der Kinder in Stuttgart bis 15 Jahren als arm. Am Monatsende fehlt vielfach das Geld für ein Essen.

Während hier über 3700 Menschen keine Wohnung haben und immer mehr Menschen kaum noch wissen, wie sie mit ihrem Einkommen bis zum Monatsende zurechtkommen sollen, wächst das Vermögen

der Reichen enorm. Stuttgart ist die Stadt in der über 370 Einkommensmillionäre anzutreffen sind.

Menschen die ihren Lebensunterhalt mit dem Sammeln von Pfandflaschen aufbessern müssen, gehören in den Stadtteilen zum Alltag. Täglich stehen über 2000 Menschen bei den „Tafeln“ nach Nahrung an. Aufgrund der Steigerungen bei den Mieten, den Kosten für öffentliche Verkehrsmittel und allgemein den Lebenshaltungskosten, die für die meisten nicht mit entsprechend höheren Löhnen oder Renten einhergeht, ist mit einer weiteren Verschlechterung zu rechnen.

Hinzu kommen seit Jahren und Jahrzehnten zu geringe Investitionen in die mittlerweile vielerorts schon marode öffentliche Infrastruktur - z.B. in Schulen, Kindergärten und Turnhallen.

Diese Entwicklung ist das Ergebnis einer Politik, die zuerst das Interesse der Wirtschaft, der Banken und Konzerne im Blick hat. Vermeintlich steigt mit deren Gewinnen

auch der allgemeine Wohlstand. Tatsächlich verhält es sich genau andersherum: Was die Reichen, die Manager, Großaktionäre oder Immobilienspekulanten mehr haben, haben wir weniger. In Zahlen auf Deutschland bezogen: Weniger als 50 der reichsten Haushalte besitzen so viel wie die ärmste Hälfte der Bevölkerung in Deutschland (mehr als 40 Millionen Menschen). Hinzu kommen die Milliardenbeträge die für die Rüstung ausgegeben werden. Es gibt also mehr als genug zu verteilen!

Forderungen nach einem größeren finanziellen Spielraum der Kommunen und eine progressive Erhöhung der Gewerbesteuer, bemessen an der Wertschöpfung, damit die Milliardenbeträge der großen Konzerne der Allgemeinheit zugute kommen, würden zumindest in die richtige Richtung gehen. Es muss jedoch um neue Standards und Ziele in der Ausrichtung der Stadt gehen. Unsere Forderungen für eine sozial gerechte Stadt ist eine kommunale

Sozialpolitik, die sich grundsätzlich zum Ziel setzt:

- Obdachlosigkeit und Armut abzuschaffen.
- Kostenlose und ausreichende Kitaplätze inkl. der Grundversorgung aller Kinder mit ausreichend Essen und Bildungsmaterial zu schaffen.
- Kunst, Theater, Musik und Sport für alle zu gewährleisten.
- Allen eine umfassende und nicht nach wirtschaftlichen Interessen ausgerichtete Bildung und Ausbildung zu ermöglichen.
- Gut bezahlte Arbeitsplätze im gesamten öffentlichen Dienst (etwa durch eine Balungsraumzulage) zu schaffen um eine ausreichende öffentliche Infrastruktur, vom Abfallmanagement bis zu sozialen Einrichtungen und der Pflege zu gewährleisten.
- Kommunale Betriebe zu etablieren, die unter Verwaltung der Beschäftigten stehen.



# Für eine soziale, ökologische und demokratische Verkehrspolitik

Stuttgart gehört sicher zu den Städten, in denen die Notwendigkeit von Verbesserungen in der Organisierung des Verkehrs am offensichtlichsten ist. Stau, Parkplatzmangel, unzureichende Radwege, ein teurer und in vielen äußeren Gebieten völlig unzureichender ÖPNV, sowie nicht zuletzt die Belastung durch Feinstaub und Abgase sind Ausdruck einer in erster Linie auf den individuellen Autoverkehr ausgerichteten Verkehrskonzeption. Kein Wunder in einer Region, in der die Bosse großer Autokonzerne das Sagen haben.

Die Reduzierung des LKW- und Autoverkehrs ist der Schlüssel für Verbesserungen bei allen der genannten Probleme. Dass dies schrittweise durch eine intensive Stärkung anderer Verkehrs- und Stadtplanungskonzepte geschehen muss, ist offensichtlich. Neben baulichen Maßnahmen und

Investitionen muss auch ein kultureller Wandel gefördert werden. Statt nach den Profit-Interessen der Bosse der Autokonzerne gilt es den Verkehr nach sozialen und ökologischen Interessen der BewohnerInnen und PendlerInnen auszurichten.

## Unsere Forderungen:

- Entwicklung von Alternativen zum individuellen Autoverkehr, insbesondere ein qualitativer und quantitativer Ausbau des ÖPNV unter Einbeziehung von Fahrgastverbänden und Initiativen, sowie der Beschäftigten. Reduzierung der Fahrtkosten und schrittweise Entwicklung eines staatlich, bzw. kommunal getragenen, für die Fahrgäste kostenlosen Betriebes.

- Ausbau der Radwege unter Einbeziehung von Initiativen und unabhängigen Experten für einen sicheren und umfas-

senden Radverkehr.

- Förderung von sämtlichen weiteren Initiativen, die den Verkehr sicherer, umweltfreundlicher und stressfreier gestalten, etwa die Reduzierung der Pendlerstrecken und die Entwicklung einer Stadt

der kurzen Wege, in der Grünanlagen, Freizeit- und Bildungseinrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten, Kliniken etc. dezentral geplant und von allen über möglichst kurze Wege erreicht werden können.

2018 wurden im Straßenverkehr in Deutschland 3265 Menschen getötet (437 davon in Baden-Württemberg). 394600 Menschen wurden verletzt. Es wurden rund 2,6 Millionen Unfälle registriert.

## Für das Recht auf saubere Luft!

Die Zahl der Menschen die aufgrund der durch den Verkehr bedingten, Feinstaubbelastung erkrankt oder gestorben sind, sind schwer zu ermitteln. Zum einen entsteht Feinstaub nicht nur durch Abgase, Bremsen- und Reifenabrieb, sondern hat auch zahlreiche andere Quellen. Zum anderen sind nicht alle Erkrankungen und Todesfälle eindeutig zuzuordnen. Die grob veranschlagten Zahlen müssen jedoch zu denken geben: Jährlich 3,4 Millionen frühzeitige Todesfälle weltweit durch die Luftverschmutzung, davon rund 385.000 durch Feinstaub und Ozon aus dem Straßenverkehr. In Deutschland rund 13.000 direkt der Luftverunreinigung durch den Straßenverkehr zugerechnete frühzeitige Todesfälle, d.h. rund 17 vorzeitige Todesfälle pro 100.000 EinwohnerInnen, womit Deutschland weltweit an erster Stelle liegt. Stuttgart gehört weltweit zu den Städten mit den meisten durch die verkehrsbedingte Luftverunreinigung verursachten vorzeitigen Todesfällen! (Zahlen nach einer Studie der ICCT)

## Dieselfahrverbot als Lösung?

Während den Konzernen auf vielfache Weise die Zerstörung der Natur und die Verpestung der Luft erlaubt ist, während die Konzernbosse kaum ernsthaft für ihren millionenfachen Betrug mit Diesel-Abgaswerten belangt werden, sollen die einfachen Besitzerinnen und Besitzer eines Dieselfahrzeuges jetzt zur Kasse gebeten werden. Statt ernsthafter Bemühungen, den LKW- und Autoverkehr in den Ballungsgebieten zu verringern (Ausbau des ÖPNV, bessere Städteplanung, eine möglichst effektive Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene usw.), die Verunreinigung durch Luft- und Schifffahrt zu reduzieren und die industrielle Luftverschmutzung einzuschränken, werden die FahrerInnen von Dieselfahrzeugen durch die Fahrverbote in einer nicht hinnehmbaren Weise in die Mangel genommen. Sie werden genötigt sich ein neues Auto zu kaufen und damit ausgerechnet die Industrie zu fördern die einen wesentlichen Teil der Umweltproblematik zu verantworten hat. Es wird damit aber auch der Anschein erweckt, dass Umweltschutz in erster Linie mit Mehrkosten für die Bevölkerung zusammenhängt und somit den rechten Hetzern und den Parteien, für die tatsächlicher Umweltschutz und der Schutz der Menschen vor Abgasen und Feinstaub ohnehin weniger zählt als die Profit-Interessen der Industrie, ein weiterer Auftrieb verschafft.

**Die richtigen Forderungen können nur lauten: Ja zu Umweltschutz und sauberen Städten! Schluss mit einer Politik die den Konzernbossen nach der Pfeife tanzt! Nein zur Abwälzung der Kosten auf die einzelnen AutofahrerInnen! Die Konzernbosse müssen zahlen – Enteignung der Großbetriebe statt Enteignung der einfachen AutobesitzerInnen!**

## Kostenloser ÖPNV ist utopisch?

Die bürgerlichen Parteien und Medien schaffen es nach wie vor leicht, alles was ihren Horizont, d.h. ihre Interessen übersteigt als weltfremd und gefährlich darzustellen; ob eine Wirtschaftsweise, die nicht nach Profiten ausgerichtet ist, eine Verringerung der Arbeitszeiten oder eben einen kostenlosen ÖPNV.

Dabei ist nicht sehr viel Fantasie notwendig, um sich bewusst zu machen, dass der zu großen Teilen in der Hand weniger Milliardäre konzentrierte gesellschaftliche Reichtum leicht Vieles im Interesse der Gesamtgesellschaft möglich machen kann, was vordergründig als „unfinanzierbar“ gilt. Bezüglich dem ÖPNV kommt hinzu, dass die Erhebung von Preisen selbst enorme Kosten und Ressourcen benötigt: Fahrkartenautomaten, Kontrolleure, ein enormer bürokratischer Aufwand etc. Zudem würden die Kosten des Straßenverkehrs reduziert, d.h. es würde eine Umschichtung stattfinden durch weniger notwendige Aufwendungen für den Straßenbau aber auch indirekte Kosten durch Luftverunreinigung, Unfälle usw. (aktuellen Berechnungen zufolge verursacht jeder mit dem Auto gefahrene Kilometer pro Person ca. 8 Cent externer Kosten die von der Gesellschaft getragen werden müssen).

In folgenden Regionen ist die Utopie eines kostenlosen ÖPNV bereits (teilweise) Realität:

In Luxemburg werden ab März 2020 keine Gebühren für Busse, Straßenbahnen und Züge mehr erhoben. In Estlands Hauptstadt Tallin fahren dort gemeldete BewohnerInnen schon seit 2013 kostenlos mit Bus und Bahn. In Frankreich ist der Nahverkehr in rund zwei Dutzend Kommunen und Gemeindeverbänden gratis. Unter anderem in Polen, Dänemark, Malaysia, der Türkei, Australien, Venezuela und selbst den USA gibt es ebenfalls bereits seit Jahren in einzelnen Regionen kostenlose ÖPNV-Angebote.

# Stuttgart 21

## Umplanen statt das Chaos vollenden

Im April 1994 propagierte eine illustre Viererrunde aus Politik und Kapital das Projekt Stuttgart 21. Die Herren sind heute entweder tot oder leben nicht schlecht als Rentiers von ihren Tantiemen und Pensionen. Es waren Ministerpräsident Teufel (CDU), OB Rommel (CDU), Bundesverkehrsminister und später oberster Autolobbyist Wissmann (CDU) und der Unternehmer in der Autobranche und Chef der Deutschen Bahn AG Dürr (CDU). In ihrer Euphorie plapperten die Herren von einem Jahrhundertprojekt, für das sich jeder Einsatz lohnt. Lohnen wird es sich allerdings allenfalls für Politiker, Lobbyisten und Unternehmer, nicht jedoch für die Bevölkerung in und um Stuttgart.

Im Jahr 1995 betrug die Rahmenvereinbarung zur Finanzierung für Stuttgart 21 ca. 4,9 Mrd DM (ca. 2,5 Mrd. €). Von da an ging es mit dem Projekt zwar bergab, die Kosten kletterten aber, mit der Tendenz 10 Mrd. € weit zu übertreffen. Im Januar 2018 meldete die Deutsche Bahn AG einen Finanzierungsrahmen von 8,2 Mrd. €. Die Inbetriebnahme von ehemals 2019 wurde ins Jahr 2025 verschoben.

Die hoch verschuldete Bahn verklagte im November 2016 ihre Partner Land, Stadt und Flughafen auf Übernahme von rund 2,4 Mrd €. Die Klage ist

immer noch anhängig und soll frühestens nach der Landtagswahl 2021 verhandelt werden. Ein rechtzeitiges Umkehren soll so verhindert werden. Bisher hat die Stadt Stuttgart für das Projekt einen Baukostenzuschuss von 300 Mio € geleistet. Zudem entschied der Gemeinderat 2007 auf Verzugszinsen für die Jahre 2010 bis 2020 für, von der Stadt von der Bahn gekaufte, Flächen zu verzichten. Die Flächen, die das Gleisvorfeld und die Gäubahntrasse bis Dachswald beinhalten, hätten 2010 übergeben werden sollen. Es geht hierbei um etwa 20 Mio. Euro Zinsen jährlich, von denen zu befürchten ist, dass sie auch bei einem weiteren Verzug ab 2021 nicht eingefordert werden.

Das Projekt Stuttgart 21 hat jedoch längst nicht nur eine finanzielle Dimension, sondern ist in vielerlei Hinsicht nicht tragbar:

- Eine geringere Kapazität als der bestehende Kopfbahnhof.
- Es ist kein Integraler Taktfahrplan möglich.
- Mobilitätseingeschränkte Reisende erreichen die Bahnsteige nur über Aufzüge.
- Mögliche Hebungen im Anhydrit-Gestein können den Bahnhof praktisch komplett lahmlegen.
- Ein unzureichender Brandschutz im Bahnhof und in den Tunnelstrecken.

- Eine Rettung im Bahnhof und in den Tunnelstrecken ist bei Katastrophen fast unmöglich.
- Überflutungsgefahr bei Starkregen, wenn die Düker die Wassermassen nicht schaffen.
- Verschlechterung des Luftaustausches in der Innenstadt, wenn das Gleisvorfeld zugebaut wird.
- Die Gleisneigung wird bis zu 6mal größer als zulässig.
- Die Panoramabahn nach Vaihingen wird stillgelegt.
- Entrauchungsbauwerke am Wartberg und im Kernerviertel werden bei jeder der halbjährlichen Funktionsprüfungen einen Lärm vergleichbar mit startenden Düsenjägern verursachen.
- Der Zugang zum Schlossgarten wird durch den 8 meter hohen Bahnhofstrog erschwert.

Diese Mängel, wohlgermerkt nur ein kleiner Auszug der allgemein bekannten, würden bei rationaler Abwägung einen sofortigen Baustopp und ein umgehendes Umplanen erzwingen – Vorschläge und Konzepte sind von der K21 Bewegung von Anfang an und bis heute entwickelt worden! Ein Umsteuern ist jedoch nicht im Profit-Interesse des Filzes aus Baukonzernen und Politik. Der Tiefbahnhof wird auch den Bahnbetrieb stark einschränken, wodurch sich das große Interesse von Konzer-

nen die mit der Auto-Produktion Geld verdienen – Bosch, Mahle, Daimler und Porsche sind die mächtigsten Werber für das Projekt – erklären lässt. Die Verbandelung bürgerlicher Politiker mit den Spitzen der Konzerne und Monopole könnte kaum offensichtlicher sein als bei Stuttgart 21. Bleibt zu hoffen und vor allem darauf hinzuwirken, dass die Zeiten kommen in denen wir sie dafür zur Rechenschaft ziehen und die heutigen Profiteure des Chaos mit jedem Cent ihres Vermögens und mit ihren eigenen Händen zu dessen Beseitigung beitragen werden!



**UZ** **unsere zeit**  
SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG - ZEITUNG DER DKP

6 Wochen Probeabo gratis

[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)



## Für Solidarität und Klassenkampf

# Beschäftigung und Arbeitskämpfe in Stuttgart

In den Kommunen spielen auch die betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampffelder eine wichtige Rolle, weil sie entscheidend die Lebens- und Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten beeinflussen. Auch wenn der Einfluss der Kommunalwahlen hier u.U. weniger relevant ist, als etwa direkte betriebliche Strukturen und Kämpfe, sind sie für uns auch ein Teil der kommunalpolitischen Forderungen.

### Was ist für die Region Stuttgart prägend?

Ungefähr zwei Drittel der Beschäftigten sind im Dienstleistungsbereich tätig, ca. ein Drittel im Produzierenden Gewerbe. Die Land- und Forstwirtschaft ist mit 0,3 Prozent hingegen marginal. Die Automobilindustrie und ihre Zulieferer sind in der Region Stuttgart der mit Abstand bedeutendste Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes. Hier arbeiten rund 208.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, was einem Anteil von 17,3 Prozent an allen Beschäftigten in der Region entspricht (ca. 1,2 Millionen). Mit 77 Betrieben (mit mehr als 20 Beschäftigten) direkt in der Herstellung von Kraftwagen

und Auto-Teilen – darunter Daimler und Porsche – und insgesamt rund 400 Automobilzulieferern in allen Größenklassen aus ganz unterschiedlichen Branchen – darunter Bosch und Mahle – prägt dieser Bereich die Region Stuttgart. Seit 2010 sind in diesem Bereich mehr als 25.000 Arbeitsplätze entstanden. Damit hat sich die ohnehin hohe Bedeutung der Automobilwirtschaft für die Region nochmals vergrößert, was aber auch die Abhängigkeit von der Entwicklung in der Autoindustrie weiter erhöht.

### Herausforderungen und notwendige Kämpfe

Dieser Industriezweig steht vor großen Herausforderungen. Eine davon ist der Technologiewandel hin zum Elektroauto und damit der einhergehende Wegfall konventioneller Komponenten im Antriebsstrang wie Motor und Getriebe. Dies kann zum Abbau von vielen tausend Arbeitsplätzen führen, wenn keine Alternativen dazu entwickelt und von den Beschäftigten durchgesetzt werden. Das Kapital wird versuchen, die guten tariflichen Regelungen bei neuen Technologiefabriken zu schleifen, wie ein Beispiel bei Daimler bereits zeigt: Im Sommer 2017 wollte der Daimler-Vorstand Entwicklung und Produktion des neuen elektrischen Antriebssystems komplett fremd vergeben. Außerdem sollte gleichzeitig im Neckartal eine

Billig-Batteriefabrik entstehen. Diese Daimler-Tochter – Accu-motive GmbH – sollte keine tarifvertragliche Bindung haben. Für dieses freche „Angebot“ sollten die Daimler-KollegInnen noch einen unverschämten Preis zahlen: Alle sollten jedes Jahr drei Qualifizierungstage pauschal vom ihrem Zeitkonto abgezogen bekommen. Das ließ sich die Belegschaft nicht gefallen. Die Bänder standen mehrfach still. Durch ihren Kampf konnten die KollegInnen erreichen, dass die Arbeitsplätze im Werk entstehen werden zu den dort üblichen tariflichen Bedingungen, es also keine Auslagerung in eine Billig-GmbH gibt und die Beschäftigten keine Quali-Tage abgezogen bekommen. Das Werk soll zum Kompetenzzentrum für die Elektromobilität werden. Die Strategie des Kapitals, bei neuen Technologien tariflose Billigfabriken aufzubauen, um mit den Billigheimern die Standards der Stammschichten abzusenken, konnte in diesem Fall durchkreuzt werden. Ein schöner Erfolg, der zeigt, dass sich eine Belegschaft erfolgreich gegen Fremdvergabe und Armutslöhne für neue KollegInnen wehren kann.

Ein weiteres Beispiel für drohende Angriffe des Kapitals und notwendigen Widerstand der Beschäftigten ist der Autozulieferer Faurecia. Der Zulieferer ist ähnlich groß wie Bosch und ZF. Die Produktpalette umfasst Türverkleidung, Mit-

telkonsolen und Instrumententafeln. Im Böblinger Werk arbeiten ca. 250 Beschäftigte an der Innenraumausstattung und zwar exklusiv für die Mercedes-Benz S-Klasse. Das Sindelfinger Werk von Daimler liegt in unmittelbarer Nähe. Die Zulieferung zu Daimler erfolgt Just-in-Time. Das Management plante, das Werk in Böblingen zu schließen und die Produktion in die Slowakei zu verlagern. Mit einer mehrstündigen Betriebsversammlung brachten die Faurecia-Kollegen die Bänder bei Daimler zum Stehen und bauten damit Druck gegen ihren Vorstand auf.

### Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich erkämpfen!

Nicht erst wenn infolge des Umstiegs auf Elektroautos Entlassungen drohen, muss der Kampf für die 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich eine zentrale Rolle spielen. Schon 1984 waren die MetallerInnen die treibende Kraft für Arbeitszeitverkürzungen, damals für die 35-Stundenwoche. Die kommenden Jahre steht der nächste Kampf um kollektive Arbeitszeitverkürzung an. Nicht nur in der Automobilindustrie, in allen Branchen wird es die richtige Orientierung sein gegen die steigende Arbeits-Hetze und die Folgen der Digitalisierung, sowie für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen aufzusteigen.



**Schluss mit prekärer Beschäftigung**

Fast 300.000 Beschäftigte in der Region Stuttgart arbeiten in einem Minijob. Dies ist ein Viertel der Beschäftigten hier. Ca. 60 Prozent sind Frauen. Von einem Minijob kann niemand leben. Auch der Schutz der Sozialversicherungen kommt nicht zur Wirkung. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung kommt außerdem zu dem Schluss, dass selbst das Mindestlohngesetz bei Minijobs offenbar „noch längst nicht flächendeckend angewendet“ wird. Jede/r Zweite mit Minijob muss sich weiterhin mit einem Stundenlohn unter dem Mindestlohn zufrieden geben. Etwa zwei Fünftel der MinijobberInnen verdienen sogar weniger als 7,50 Euro.

Ungefähr ein Viertel aller Beschäftigten arbeitet in der Region Stuttgart in Teilzeit. Bei den Frauen ist es sogar fast die Hälfte. Im Dienstleistungssektor sind es ca. 30 Prozent.

Dort entfiel über 65 Prozent des Stellenzuwachses auf Teilzeitbeschäftigte. Dies ist nicht länger hinzunehmen. Viele arbeiten nicht freiwillig in Teilzeit. Entweder bekommen sie keine Vollzeitjobs oder haben sie keine Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder oder die zu pflegenden Angehörigen. In Stuttgart fehlen weit über 5000 Kita-Plätze für Kleinkinder. Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf.

Weitere prekäre Beschäftigung sind Leiharbeit und Werksvertrag. Oft sind diese Jobs im Niedriglohnbereich und ohne ausreichenden Schutz. Zu einer lebenswerten Stadt gehören nicht zuletzt lebenswerte Arbeitsbedingungen, d.h. Initiativen für sichere Jobs, Löhne von denen jeder und jede gut leben kann und die möglichst flächendeckende tarifliche Absicherung sind ein Anfang.

**Ziele der DKP**

Als DKP kämpfen wir für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Wir unterstützen alle Kämpfe für einen höheren Mindestlohn, für kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohn- und Personalausgleich, für Personalbemessung, für die Erhöhung des gesetzlichen Mindesturlaubs auf 6 Wochen, für eine Senkung des Rentenalters auf höchstens 63 Jahre und die Erhöhung des Rentenniveaus auf mindestens 70 Prozent.

All dies kann aber nur ein Anfang sein: Für uns Kommunistinnen und Kommunisten ist der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit der grundlegende Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaft. Der Schlüssel zur Lösung der, aus der Macht des Kapitals erwachsenden, gesellschaftlichen Probleme ist die Machterringung

der Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter, die Enteignung und Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel und eine gesamtgesellschaftlich geplante, ökologisch nachhaltige und regenerative Produktion.

Die bevorstehenden Krisen der kapitalistischen Wirtschaft, von denen auch Stuttgart aufgrund seiner Abhängigkeit von großen Monopolen getroffen werden wird, werden nicht nur Einschnitte und Abwehrkämpfen mit sich bringen. Die Frage ob die kapitalistische Barbarei weiter geht oder eine sozialistische Perspektive entwickelt wird, wird sich nicht zuletzt in den Belegschaften der großen Betriebe, der Solidarität, Kampfbereitschaft und dem Klassenbewusstsein der Beschäftigten dort entscheiden.



**Initiative Klassenkampf**

offenes Treffen

Jeden zweiten Mittwoch im Monat im Linken Zentrum Lilo Herrmann

www.initiativeklassenkampf.wordpress.com

LabourNet Germany

Treffpunkt der gewerkschaftlichen Linken  
parteiunabhängig & gewerkschaftsübergreifend

www.labournet.de

Dein Abo gegen Dummheit, Lüge und Hass.

Jetzt bestellen! [www.jungewelt.de/abo](http://www.jungewelt.de/abo)

ABO

0 30/53 63 55-80

GESTALTUNG: JW; UNTER VERWENDUNG VON FOTOS VON REUTERS

Warum wir - nicht einfach nur - zur Wahl von SÖS und Die Linke aufrufen

# „Wenn Wahlen etwas ändern würden...“

... wären sie verboten.“ Diese alte Weisheit, ist sicher nicht ganz falsch: Parlamente in bürgerlichen Demokratien haben nicht den Zweck die herrschenden Verhältnisse grundlegend zu ändern. Sie sind vielmehr Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaft und Politik. Sie dienen deren Verwaltung, Aufrechterhaltung und Anpassung. Anders als eine diktatorische Verwaltung dieses Systems (die in Krisenzeiten stets auch eine Option für die Kapitalistenklasse darstellt), ist die parlamentarische „Demokratie“ relativ flexibel, verschleiert Widersprüche und erleichtert es sogar kapitalismuskritische Kräfte zu integrieren. Lang ist die Liste derjenigen, die in eine Politikkarriere mit dem Ziel grundlegender Veränderungen bis hin zur Befreiung der ArbeiterInnenklasse von der kapitalistischen Ausbeutung starteten und sich zu Verwaltern, teilweise sogar Verschärfen dieser Ausbeutung entwickelten. Ob die SPD, die Grünen, Teile der 68er Bewegung, aber auch einige unserer ehemaligen kommunistischen GenossInnen und einige unserer Schwesterparteien – ganze Bücher können darüber gefüllt werden, wie Hoffnungen auf kleine Schritte, Kompromisse und Fehleinschätzungen bezüglich des bürgerlichen Staates, zum Abbau, um nicht zu sagen zum Verrat der einstigen Ziele geführt haben. Ist damit alles dazu gesagt? Mitnichten. Parlamente sind letztlich auch Kampffelder. D.h. so wie wir im Betrieb, in der Uni oder in jedem anderen Bereich gegen die Interessen des Kapitals und für unsere Interessen kämp-

fen müssen, dürfen wir auch die Parlamente nicht kampfflos den Sozialabbauern, Kriegstreibern und Lohnkürzern überlassen.

Unser Ziel als Kommunistische Partei ist ein Prozess, der zwar auf der jetzigen Verfassung aufbaut, jedoch die demokratischen Elemente darin weiter entwickelt und die Festschreibung der Macht des Kapitals beseitigt. Dieser Prozess kann nur teilweise über den parlamentarischen Weg vonstatten gehen. Die Perspektive ist schließlich eine neue Gesellschaftsordnung in der sich tatsächliche Demokratie, Gemeinwohl und Solidarität in allen Bereichen durchsetzen und die alte Ordnung ersetzen – d.h. eine Umwälzung der Organisation der Betriebe, Schulen und Universitäten und letztlich der gesamten gesellschaftlichen Verwaltung. Zentral wird daher die Organisation der ArbeiterInnenklasse und die Durchsetzung ihrer Interessen über Streiks, betriebliche Strukturen und ein Vielzahl weiterer Elemente ihres Kampfes und letztlich ihres Sieges über die Herrschaft des Kapitals sein. Ohne all diese Elemente wird sich die parlamentarische Arbeit auch einer kommunistischen Partei entweder in Oppositionsarbeit oder in der Verwaltung des Kapitalismus erschöpfen. Im Einklang mit der Entwicklung einer umfassenden Gegenmacht, außerparlamentarischen Aktivitäten und Strukturen, kann die Arbeit innerhalb der Parlamente jedoch wichtige Zwecke erfüllen: Sie trägt die Interessen der ArbeiterInnenklasse direkt an die Stelle, an der die bürgerlichen Parteien ihren Staat organisieren, stellt die Programme und Forderungen gegenüber, informiert über die Machenschaften der anderen Parteien, setzt sich für Reformen ein, die die Durchsetzungsfähigkeit der ArbeiterInnenklasse verbessern und die Möglichkeiten des Kapitals einschränken.

## Wen wählen?

Bei der Wahl zum EU-Parlament treten wir als DKP an. Hier gibt es deutliche Unterschiede zwischen unserer Einschätzung und der von anderen Parteien, etwa der Partei die Linke. Wir sehen in der EU ein grundsätzlich undemokratisches Projekt, das nicht reformiert werden kann, sondern durch andere internationale Strukturen ersetzt werden muss.

Anders ist es aktuell bei den Wahlen zum Gemeinderat und zur Regional-Versammlung. Was die nächsten Schritte angeht, stimmen wir in relativ großen Teilen mit Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS) und der Partei die Linke (PdL) überein: Förderung von außerparlamentarischen Aktivitäten, mehr demokratische Mitbestimmung, keine Privatisierungen von öffentlichem Eigentum, eine soziale und ökologische Umgestaltung des Verkehrs, Schließung der US-Militäreinrichtungen und Umwandlung zu Wohnraum. Eine eigene Kandidatur der DKP würde unserer Einschätzung nach in der aktuellen Situation daher eher Kräfte verschleifen und eine unnötige Konkurrenzsituation schaffen. Dennoch sehen wir in verschiedenen Punkten auch Probleme in der Politik von SÖS und PdL. Die Zustimmung zu Wohnungsverprivatisierungen des Klinikums etwa entsprechen nicht unserem Programm. Auch muss davon ausgegangen werden, dass früher oder später deutliche Widersprüche zutage treten werden, da die grundsätzlich nötige Vergesellschaftung der Produktionsmittel d.h. die Enteignung insbesondere der großen Monopole für uns als kommunistische Partei alternativlos ist. Jede andere Orientierung wird stets Zugeständnisse ans Kapital machen und somit die Interessen der Klasse der ArbeiterInnen und Arbeiter verraten. Die Politik der PdL, dort wo sie an

Landesregierungen beteiligt war und ist, macht dies immer wieder deutlich.

Dementsprechend empfehlen wir, die Kandidatinnen und Kandidaten auf den Listen von SÖS und PdL vor und auch nach der Wahl genau zu betrachten, dort wo möglich zu unterstützen, dort wo nötig aber auch zu kritisieren. Setzen sie sich konsequent für die Interessen der Mehrheit der Menschen ein und sind sie dafür auch bereit Konflikte mit den bürgerlichen Parteien und dem Kapital einzugehen? Stehen sie konsequent für Frieden, Umweltschutz, Demokratisierung und gegen rassistische Hetze? Sind sie nicht nur als Politiker präsent sondern auch durch eine konsequente Arbeit in Gewerkschaften oder anderen Initiativen? Treffen diese Punkte zu, ist eine Stimme für sie bei den kommenden Wahlen das richtige.

Gerade heute, in Zeiten in denen die Schere zwischen reich und arm immer weiter auseinanderklafft, die Zerstörung der Natur mit dem Klimawandel verheerende Konsequenzen überall auf der Welt mit sich bringt, rechte und faschistische Kräfte die einst erkämpften demokratischen Rechte in Frage stellen und Aufrüstung und Kriege erneut zu nehmen, sind wir alle aber noch mehr gefordert. Die Stimmabgabe für diejenigen, die am ehesten fortschrittliche Ziele vertreten, ist daher niemals ein Ersatz für das eigene Engagement – tagtäglich für die Interessen der Klasse der ArbeiterInnen und Arbeiter und langfristig für eine Überwindung des Kapitalismus und für eine sozialistische Perspektive.



**Stellungnahmen & Informationen der Fraktion SÖS Linke Plus:**

[www.soeslinkeplus.de](http://www.soeslinkeplus.de)

# Interview mit Günther Klein

**Kandidat auf der Liste von Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS); Vorsitzender im Waldheim Stuttgart e.V. „Clara Zetkin Haus“; Aktivist bei der Gewerkschaft ver.di; Personalrat**

**Du bist Kommunist, kandidierst aber auf der Liste von SÖS, was ist der Hintergrund?**

Ich habe 2004 Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS) mit gegründet, weil ich der Meinung war (und noch immer bin), dass eine Bündelung der linken Kräfte dringend notwendig ist. Der Kräfte, die im Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte sehen, die etwas verändern wollen in Richtung mehr Solidarität, Umweltschutz und Zurückdrängung der Profitorientierung. Das ist heute notwendiger denn je. Es ist ungeheuerlich, dass in einer reichen Stadt wie Stuttgart über 11.000 Kinder in Armut leben. Es ist ungeheuerlich, dass gut funktionierende Bahninfrastruktur zerstört wird und mit Stuttgart 21 für Milliarden Euro etwas gebaut wird, das nur den Bau- und Automobilkonzernen sowie den Immobilienspekulanten nützt. Das sind nur zwei Beispiele von ganz vielen, die zeigen, dass das kapitalistische Profitsystem für die Menschen nichts Positives mehr hervorbringt und wir uns dagegen wehren müssen.

2004 waren wir mit Hannes als Einzelstadtrat im Gemeinderat vertreten, inzwischen stellt SÖS drei GemeinderätInnen und es gibt eine Fraktionsgemeinschaft SÖS Linke Plus. Ich denke, wir haben es bisher ganz gut geschafft in Stuttgart zu einer Atmosphäre beizutragen, in der sich vergleichsweise viele Menschen engagieren und die herrschende Politik kritisch hinterfragen.

**Siehst Du langfristig auch wieder eine Perspektive für mehr Wahlantritte der DKP, damit auch eine explizit kommunistische Kraft wieder wählbar ist?**

Die DKP trat bei der Bundestagswahl an und jetzt bei der Europawahl. Es ist wichtig, dass es die Möglichkeit gibt eine kommunistische Partei zu wählen. Oder in anderen Fällen Kommunistinnen und Kommunisten mit anderen fortschrittlichen Kräften auf gemeinsamen Listen. Das bietet die Möglichkeit mit alternativen Inhalten mehr Menschen zu erreichen. Aber meiner Meinung nach ist die entscheidende Frage, wie gelingt es, die Menschen dafür zu mobilisieren, dass sie auch für ihre Interessen aktiv werden. Nur ein Kreuz auf dem Wahlzettel alle vier oder fünf Jahre genügt nicht. Wenn die Menschen nicht in Bewegung kommen, ändert sich nichts Grundlegendes. Deshalb wäre es fatal sich einseitig auf Wahlkämpfe zu fokussieren und die Arbeit in Betrieben oder Initiativen zu vernachlässigen. Wichtig ist es alle Facetten des Klassenkampfes zu beachten, vom Betrieb, dem Wohngebiet oder dieser oder jener Initiative und eben auch bei Wahlen. Doch das Ziel muss immer sein das Bewusstsein der Menschen dafür zu schärfen, dass der Kapitalismus, ein System das täglich Krieg, Elend, Ausbeutung und Not produziert, überwunden werden muss und ersetzt durch eine solidarische und demokratische Gesellschaftsordnung ohne Ausbeutung und Krieg, die ich Sozialismus nenne.



**Die DKP steht für eine Wende hin zu demokratischem und sozialem Fortschritt mit dem Ziel, den Kapitalismus zu überwinden. Aktuell geht die gesellschaftliche Tendenz scheinbar leider eher in die andere Richtung: Ein weit verbreiteter und täglich geschürter Antikommunismus, der für die meisten eine Alternative zum Kapitalismus nicht vorstellbar macht und nicht zuletzt auch dazu führt, dass viele eine Lösung der gesellschaftlichen Probleme ausgerechnet in weiteren Verschärfungen sehen – also rechten Ideologien auf den Leim gehen und lieber nach unten treten als die Macht des Kapitals in Frage zu stellen. Wo siehst Du Möglichkeiten dafür, dass sich wieder eine Mehrheit ihrer Klassenlage bewusst wird, an den Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung in Deutschland anknüpft und letztlich auch die Machtfrage stellt?**

Viele Menschen sind unzufrieden mit dem, wie es bei uns läuft. Das merkt man in Gesprächen oder es kommt auch bei Umfragen zum Ausdruck. Oft gibt es dann aber auch die resignierende Antwort „man kann ja doch nichts ändern“ oder „die machen was sie wollen“. Diese Resignation muss überwunden und die Unzufriedenheit muss in die richtigen Bahnen gelenkt werden. Damit die Menschen die wirklich Schuldigen an ihrer Situation

erkennen. Nicht der Flüchtling, dem es noch schlechter geht, ist schuld wie es die Rechten propagieren. Die Verantwortlichen für Wohnungsnot, hohe Mieten, schlechte Bezahlung oder Umweltzerstörung haben Namen und Adressen. Es sind die Chefs der großen Konzerne, die die Menschen ausbeuten und immer höhere Profite einfahren und die auch an der Umweltzerstörung profitieren. Gerade aktuell, das Dieselfahrverbot in Stuttgart, wer hat denn betrogen, wer hat bis zuletzt Fahrzeuge verkauft, die kurz danach nicht mehr den Vorschriften entsprechen? Wer ist verantwortlich dafür, dass der ÖPNV nicht den Anforderungen unserer Zeit entspricht? Die Zusammenhänge zu erkennen ist mühsam, denn über die bürgerlichen Medien dringt pausenlos Desinformation in die Köpfe der Menschen ein. Diese muss durch beharrliche Gegeninformation zurückgedrängt werden. Ganz wichtig ist, im Kampf um Reformen kleine Erfolge zu erringen, das trägt zur Bewusstseinsentwicklung bei und fördert das Vertrauen in die eigene Stärke. Doch es geht nicht nur um kleine Verbesserungen, die Aufgabe der KommunistInnen ist es dafür Sorge zu tragen, dass die Menschen die Notwendigkeit erkennen für eine grundsätzliche Alternative zum kapitalistischen Profitsystem zu kämpfen.

## Grundrecht oder Mittel für die Kapitalverwertung?

# Kommunale Energie- und Wasserversorgung

Im Februar 2002 beschloss der Gemeinderat mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen die ehemaligen Technischen Werke der Stadt Stuttgart (TWS) und 9% Anteile an der EnBW AG für 2,35 Mrd € zu verkaufen. Verkauft wurde die Stromerzeugung und -verteilung, das Gasnetz, die Müllverbrennung, das Fernwärmenetz, die Trinkwasserversorgung und die Anteile an den Zweckverbänden Bodensee-, Landes-, Strohgäu- und Filderwasserversorgung. Das Land Baden-Württemberg hatte bereits im Jahr 2000 sein Aktienpaket in Höhe von 25,1% für 2,4Mrd € an den französischen Konzern Électricité de France (EdF) verkauft. Ministerpräsident Teufel (CDU) pries den Verkauf als Anschluss an den „strategischen Wunschnpartner“. Die Geschäftspolitik der EnBW wurde aufgrund von Aktienzuleufen von rund 200 weiteren Gemeinden und Städten durch die EdF, durch Kooperationsabkommen mit den Oberschwäbischen Elektrizitätswerken (OEW) und infolge von Kapitalerhöhungen bis Ende 2010 von der EdF in Paris bestimmt. In einer Nacht- und Nebelaktion am Landtag vorbei, wurde von Minister-

präsident Mappus (CDU) veranlasst, 45% der Aktien der EnBW für 4,7 Mrd € zurückzukaufen. Die Atomkatastrophe 2011 in Fukushima beendeten das „lukrative“ Atomgeschäft der EnBW und besiegelten das Ende des Ministerpräsidenten Mappus bei der Landtagswahl im März 2011. Kritik und Protest gegen den Verkauf der Wasserversorgung gab es in Stuttgart seit dem Verkauf im Jahr 2002. Aufgrund der Proteste, einem Bürgerbegehren „100-Wasser“ und den Mausechelen beim Rückkauf der Aktien der EnBW wurde am 18. Juni 2010 mehrheitlich vom Gemeinderat beschlossen die Trinkwasserversorgung wieder zu kommunalisieren. Bis heute streiten Stadt und EnBW über die Rückkaufsumme vor dem Landgericht. Erst nach einem erfolgreichen Bürgerbegehren „Fernwärme Stuttgart“ im November 2015 bequeme sich der Gemeinderat von der EnBW auch die Herausgabe des Fernwärmenetzes zu fordern. Auch dieser Streit ist immer noch, wie auch der Streit um das Stromhochspannungs- und Gashochdrucknetz, bei Gericht anhängig. Dies hindert jedoch den Gemeinderat keinesfalls,

das Strom- und Gasnetz in Stuttgart von der städtischen Stuttgart Netze GmbH zusammen mit der EnBW betreiben zu lassen. Das Land ist zwar Hauptaktionär der EnBW, das hindert diese aber nicht, wie jeder kapitalistische Konzern, die Profite zu maximieren. Im Jahr 2014 beanstandeten zum Beispiel sogar die Kartellbehörden die Wucherpreise beim Wasser in Stuttgart. Aktuell versucht die EnBW das freier werdende Areal an der Hackstraße nicht der Stadt für den Wohnungsbau zu überlassen, sondern selbst das Quartier zu entwickeln und zu vermarkten. Die 2011 gegründeten Stadtwerke Stuttgart werden als Kapitalgesellschaft betrieben und nicht als kommunaler Eigenbetrieb. Die Chancen der arbeitenden Bevölkerung, auf die Versorgungsstrategie und die Preispolitik Einfluss zu nehmen, sind damit nicht größer als bei irgendeinem Heizölhändler. Nur bei einem Eigenbetrieb, abgesehen von den laufenden Geschäften, kann der Gemeinderat alle wichtigen Unternehmensentscheidungen (Preise, Strom- und Gasspreisen) treffen.

**Die Versorgung mit Energie und Wasser sind ein Grundrecht der Bevölkerung! Ihre Ausrichtung nach Kapitalinteressen und Gewinnmaximierung sind zu bekämpfen und rückgängig zu machen! Unsere Forderungen für den Beginn einer Umkehr sind:**

- Stadtwerke Stuttgart in kommunalen Eigenbetrieb überführen.
- Stuttgart Netze als kommunalen Eigenbetrieb ohne Beteiligung der EnBW.
- Herausnahme der Haushaltsenergie aus dem Regelbedarf nach SGBII (Hartz IV) / SGBXII (Sozialhilfe), bzw. eine bedarfsorientierte Haushaltsenergiepauschale zusätzlich zum Regelbedarf.
- Keine Versorgungseinstellung bei Strom, Gas und Wasser! Schaffen einer Energiesicherungsstelle und Meldepflicht bei drohender Versorgungseinstellung durch den Energielieferer.
- Gleiche Hebesätze für Netzentgelte, Steuern und Umlagen beim Gas- und Strompreis für Haushalte und Industriekunden.



**Stuttgart links**  
Deutsche Kommunistische Partei  
Kreis Stuttgart

Lokalblatt der DKP Stuttgart mit Terminankündigungen, Meldungen und Artikeln mit lokalem Schwerpunkt. Alle Ausgaben auch unter: [www.dkp-stuttgart.org](http://www.dkp-stuttgart.org)





Für den Kommunismus

# Warum eine Alternative zum Kapitalismus alternativlos ist

Fast täglich wird über die bürgerlichen Medien mal unterschwellig mal reißerisch vermittelt, dass Sozialismus, bzw. sein am weitest möglich entwickeltes Stadium, der Kommunismus, stets mit Tyrannei oder Chaos verbunden sei. Was aber wollen wir als Kommunistische Partei, bzw. als weltweite kommunistische Bewegung tatsächlich? Es ist unsere Gewissheit, dass der Kapitalismus zwar ein historisch einst notwendiges, jedoch nicht das letzte wirtschaftliche und politische System der Menschheit ist. Genauer: Dass eine Wirtschaftsweise, bei der eine Minderheit über die Produktionsmittel bestimmt, andere ausbeutet, Unmengen an Reichtümern anhäuft während andere hungern, in der die gesamte Gesellschaft vom Streben nach der Vermehrung dieses Reichtums bestimmt ist, überwunden werden kann und muss. Unser Ziel ist die Überwindung dieses Systems, das grundsätzlich auf entfremdeten, uns körperlich und geistig zerstörenden Arbeitsbedingungen aufbaut. Die Überwindung eines Systems, das seit seinem Bestehen dazu geführt hat, dass unvorstellbare Mengen an Ressourcen nicht zur Verbesserung der Lebenssitua-

tion der Menschen verwendet werden, sondern für Waffen und Kriege, d.h. zur Erzeugung von Leid und Elend, dass die Gesellschaft nicht im Einklang mit der Natur lebt, sondern die Lebensgrundlage auf diesem Planeten weiter vergiftet und zerstört, dass Millionen aus ihrer Heimat flüchten müssen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass nur mit der Überwindung der Herrschaft der Kapitalistenklasse, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und dem Aufbau einer gesellschaftlichen Ordnung, die nicht auf Konkurrenz und Profitstreben aufbaut, sondern auf Solidarität und gesellschaftlicher Planung, die heutigen Probleme zu lösen sind. Dieser Weg ist nicht einfach eine Idee von vielen, sondern ergibt sich aus den konkreten, sicht- und spürbaren Umständen und Gesetzmäßigkeiten – daraus, dass Kapitalinteressen auf der einen Seite und die Interessen der Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter auf der anderen langfristig unvereinbar sind; daraus dass der Kapitalismus immer wieder zu zerstörerischen Krisen führt die für die Mehrheit Leid und Elend mit sich bringen. Die Klasseninteressen der übergro-

ßen Mehrheit der Bevölkerung können und müssen sich letztlich durchsetzen, soll die Gesellschaft nicht in der Barbarei versinken.

Unsere Schwächen und Niederlagen als Klasse und als Kommunistische Bewegung bedeuten letztlich nicht mehr, als ein um eine gewisse Zeit länger andauerndes Fortbestehen der überkommenen kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Zu gewinnen haben wir eine Welt, in der nicht mehr Profitstreben und Kapitalinteressen über das gesellschaftliche Leben bestimmen, sondern die Interessen und Bedürfnisse aller. Eine Welt in der Demokratie tatsächlich Mitbestimmung bedeutet, jeder und jede über die eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen mitentscheiden kann.

Als Kommunistische Partei vertreten wir die Interessen der Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter und unterscheiden uns daher grundsätzlich von den bürgerlichen Parteien, die offen oder verdeckt die Interessen des Bürgertums vertreten, heute insbesondere der großen Monopole, und sich daher nur in Nuancen und ihrem Auftreten unterscheiden.

Wir sehen unseren Platz stets bei denen die sich im Alltag, in politischen Kämpfen, bei Streiks oder Sozial-Protesten gegen die Kapitalinteressen zur Wehr setzen.

Unser Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Fragen – dem Kampf für die Gleichberechtigung der Geschlechter, dem Ende jeglicher Diskriminierung, der internationalen Solidarität, dem Recht auf umfassende Bildung und Gesundheitsversorgung etc. – basiert auf unserem Klassenstandpunkt und unserer kommunistischen Weltanschauung.

Wir organisieren uns, da die Überwindung des Kapitalismus und der Aufbau einer neuen gesellschaftlichen Ordnung noch mehr bedarf als der einzelnen Kämpfe. Die Aufarbeitung der bisherigen Erfahrungen der sozialistischen Staaten, das Überwinden autoritärer und revisionistischer Entwicklungen auch in den eigenen Reihen, das Anknüpfen gegen die Lügen der bürgerlichen Medien, die tagtäglich die Alternativlosigkeit des Kapitalismus propagieren und viele weitere Aufgaben, können nur kollektiv, d.h. als Partei organisiert gelöst werden.



# Blick über den Tellerrand

## ... Kommunalpolitik mal anders

### Venezuela

Das Land ist bereits seit längerem verstärkt im Fokus des internationalen Kapitals, insbesondere von Seiten der führenden Weltmacht, den USA: Massive wirtschaftliche Sanktionen, die jedes Land der Erde in wirtschaftliche Not bringen würden, Putschversuche, Anschläge und wirtschaftliche Sabotageaktionen von Kapitalisten und der rechten Opposition, die maßgeblich für eine krisenhafte Situation dort verantwortlich sind, werden flankiert von einer umfassenden Hetzberichterstattung der bürgerlichen Medien. Tatsächlich ist das Leben für die Menschen in Venezuela trotzdem noch weit besser als für viele in vergleichbare Staaten in der Region, in denen kein sozialistisches Modell angestrebt wird. An dieser Stelle soll es jedoch um die venezolanische Kommunalpolitik gehen: Anders als in den westlichen Medien behauptet, verfügt die Bevölkerung über umfassende, von der Verfassung garantierte, Rechte der Partizipation. In den Comunas, bzw. kommunalen Rätestrukturen in den Stadtteilen, wird versucht den Sozialismus von unten aufzubauen. Die Menschen organisieren sich hier um mit staatlicher Unter-

stützung lokale Projekte – Gesundheitsstationen, Wohnhäuser, Bildungsprojekte aber auch landwirtschaftliche Produktionsbetriebe – zu verwirklichen. Alle haben das Recht und die tatsächliche Möglichkeit sich an Planungen, Entscheidungen und der Umsetzung der Projekte zu beteiligen. Die Rätestrukturen sind mit kommunalen Parlamenten und weiteren staatlichen Strukturen verbunden. Trotz zeitweiser Stagnation und Krisenerscheinungen, etwa durch Angriffe rechter Gruppen, sind die kommunalen Strukturen eine effektive Basis über die in den letzten Jahren enorme Erfolge erreicht wurden: Selbstverwaltete Betriebe werden zunehmend etabliert, das Gesundheitswesen insbesondere für die ärmere Bevölkerung verbessert, der Zugang zu Bildung insbesondere für die ärmeren Schichten verbessert, Hunderttausende Häuser gebaut, Telekommunikation und die Wasserversorgung weiter ausgebaut etc. Die Prozesse verlaufen dabei keineswegs reibungslos oder widerspruchsfrei – es sind insbesondere die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV) und nicht zuletzt die in den Comunas organisierten Menschen die Druck ausüben um

den Prozess weiter in Richtung Sozialismus zu entwickeln und zu beschleunigen und sich mit Landbesetzungen, Demonstrationen und eigenen Medien dafür einsetzen.

All dies ist im Übrigen die Basis dafür, dass trotz der wirtschaftlichen Krise, den Angriffen der rechten Opposition und den Drohungen der USA und anderer Staaten, Millionen Menschen in Venezuela ihren Weg zum Sozialismus verteidigen.

### Türkei

Auch wenn es kaum vorstellbar ist: In dem Land in dem zehntausende linke politische Gefangene in Gefängnissen sitzen, tagtäglich sowohl Gewerkschafter als auch Journalisten, Anwälte oder Ärzte verfolgt werden weil sie im Verdacht stehen für das Erdogan-Regime eine Gefahr darzustellen, konnte sich in einer Region ein Ort mit einem kommunistischen Bürgermeister etablieren. In der Stadt Ovacik mit rund 3000 Einwohnern im Osten der Türkei wurde 2014 Fatih Macoglu von der Türkischen Kommunistischen Partei (TKP) mit mehr als 36% der Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Trotz aller Repressalien wie der Verhaftung von Ratsmitglie-

dern, wird dort, soweit dies in einem kapitalistischen Umfeld möglich ist, eine sozialistische Kommunalpolitik betrieben: Mit dem Erlös der Bio-Produkte der lokalen Kooperative, Salz, Honig und Bohnen, werden Stipendien, Treibstoff für die Bauern und Saatgut finanziert. Die öffentlichen Busse sind ebenso wie das Schulesen gratis und für Wasser müssen die BewohnerInnen lediglich einen symbolischen Preis zahlen. Die Sitzungen im Rathaus sind öffentlich zugänglich. Eine Reduzierung der Arbeitszeiten in der lokalen Kooperative ist geplant.

In weiteren Regionen in der Türkei, sowie im angrenzenden Syrien gibt es ähnliche Strukturen. In den vornehmlich vom kurdischen Teil der Bevölkerung bewohnten Gebieten wird zwar nicht explizit eine kommunistische Perspektive vertreten, dennoch werden in ganzen Regionen mit insgesamt mehreren Millionen Menschen von Amtsträgern der HDP, der DBP, der PYD sowie anderen linken und sozialistischen Parteien Räte und andere demokratische Strukturen gefördert und initiiert. Es gibt dadurch eine zunehmende Kultur der Selbstorganisation



**Was passiert in Venezuela? Kämpft dort eine „Demokratie-Bewegung“ gegen eine „sozialistische Diktatur“? Wer sich ernsthaft mit der Situation dort, mit den Hintergründen der Entwicklung und den verschiedenen Interessen beschäftigen will, sollte sich nicht auf die bürgerlichen Medien verlassen. Auf unserer Webseite sind Links zu stetig aktualisierten Texten mit Berichten, Stimmen der Bewegungen vor Ort, Analysen, Zahlen und Fakten zu finden! [www.dkp-stuttgart.org](http://www.dkp-stuttgart.org)**

in Form von Vereinen und Initiativen, von Frauenrechtsgruppen, Initiativen zum Umweltschutz und lokalen Kooperativen. Sie sind wiederum mit Rätestrukturen vernetzt, über die in Stadtteilen oder Dörfern demokratische Entscheidungen im Sinne der Bevölkerung getroffen werden – stets unter Berücksichtigung der speziellen Forderungen von Frauen und Minderheiten. Religionsfreiheit, demokratische Mitbestimmung, die Wahrung der Rechte von Frauen und ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher ethnischer Gruppen sind in diesen Regionen – anders als in den meisten anderen Gebieten dort – breit etabliert.

Umso dramatischer ist es, dass gerade diese Gebiete stetigen Angriffen von türkischer Polizei und Militär, sowie fundamentalistischen Milizen ausgesetzt sind. Die Absetzung und Inhaftierung von Bürgermeistern gehört dort aktuell ebenso zum Alltag, wie Militäraktionen, nicht zuletzt mit von Deutschland gelieferten Waffen, etwa bei der faktisch völkerrechtswidrigen Besetzung der syrischen Stadt Efrin durch türkisches Militär und fundamentalistische Milizen, durch die hunderttausende Menschen vertrieben wurden.

**Die Pariser Kommune**

Zumindest in der bürgerlichen Geschichtsschreibung schon lange in Vergessenheit geraten ist die erste Machtergreifung der Bevölkerung mit dem Ziel einer sozialistischen Perspektive – die Pariser Kommune 1871. Sie hatte nur vom 18. März bis zum 28. Mai Bestand und wurde, ebenso wie die



zur gleichen Zeit in anderen französischen Städten stattfindenden Aufstände der Bevölkerung, militärisch niedergeschlagen. Sie hatte aber auch mit internen Schwierigkeiten und Fehleinschätzungen zu kämpfen, die in der kurzen Zeit ihres Bestandes nicht behoben werden konnten.

In den wenigen Wochen ihres Bestehens konnte aber deutlich gemacht werden welche Perspektiven von breiten Bevölkerungskreisen angestrebt wurden: Von den Besitzern im Verlaufe der Revolte verlassene Fabriken sollten in Kollektiveigentum überführt werden, Staat und Kirche getrennt werden, Abgeordnete und Staatsfunktionäre wie Richter konnten direkt vom Volk gewählt

und abgewählt werden, die Löhne und Gehälter wurden angeglichen, d.h. für Staatsbeamte gedeckelt und für andere erhöht, umfangreiche Frauenrechte wurden beschlossen, die Arbeitsbedingungen verbessert usw.

Wenn man so will, eine Kommunalpolitik die nicht nur für die damalige Zeit äußerst fortschrittlich war, sondern von der wir auch fast 150 Jahre später noch lernen können.



**M&R**

MELODIE UND RHYTHMUS  
MAGAZIN FÜR GEGENKULTUR



Jetzt abonnieren!

[www.melodieundrhythmus.com](http://www.melodieundrhythmus.com)

**Impressum:**

K. Lopau, Böblinger Str. 105  
70199 Stuttgart

**Kontakt:**

[www.dkp-stuttgart.org](http://www.dkp-stuttgart.org)  
[info@dkp-stuttgart.org](mailto:info@dkp-stuttgart.org)

**Spenden:**

DKP Stuttgart  
IBAN: DE03600501010002078906  
BIC: SOLADEST600

**Anmerkungen, Ergänzungen, Kritik oder Lob?**

Da auch wir die Weißheit nicht mit Löffeln gegessen haben und in unsere kommunalpolitischen Forderungen und Aktivitäten stets möglichst viele Ideen einfließen sollen, sind wir für alle Rückmeldungen dankbar.



## Nichts Rechtes

# Keine Stimme der AfD!

Die AfD ist momentan die politische Kraft, die es am besten versteht, offen rechte Ideologien zu verbreiten, rassistische Stimmungen zu erzeugen und für sich zu nutzen, sowie den Unmut vieler über die herrschende Politik genau in die falsche Richtung zu lenken: Vielfältige Konflikte innerhalb der Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter statt gemeinsamer Kämpfe gegen die Profiteure und Verschärfer der kapitalistischen Politik, sowie ideologische Verwirrung und politischer Rückschritt statt Klarheit über die Aufgaben der heutigen Zeit - ob bezüglich demokratischer Rechte, dem Umweltschutz oder der Gleichberechtigung.

Die AfD diffamiert alle politischen Kräfte die ihren Zielen entgegen stehen - von antirassistischen Initiativen bis zu den Gewerkschaften. Sie macht faschistische Positionen zunehmend wieder hoffähig und ist letztlich eine treibende Kraft beim Aufbau einer rechten Bewegung, die tagtäglich Diskriminierung und Hass schürt und von offen faschistischen Kräften bis hinein in konservativ-liberale Kreise reicht.

Die aktuelle Dynamik dieser Bewegung erleichtert es zudem den etablierten bürgerlichen Parteien die rückschrittlichsten Elemente ihrer Politik durchzusetzen - Aufrüstung, Ausbau des staatlichen Repressions- und Überwachungsapparates, Kürzungen im sozialen Bereich, eine inhumane und nach Kapitalinteressen ausgerichtete Flüchtlingspolitik etc.

### Nicht aus dem nichts entstanden...

Das Aufkommen und die Stärke der AfD sind dabei kein Zufall: Seit Anbeginn ihrer Gründung gibt es Teile der Kapitalistenklasse die sie auf vielfältige Weise unterstützen und bürgerliche Medien die für die nötige Aufmerksamkeit sorgen.

Einen relativ wichtigen Kern ihrer Funktionäre, bürgerliche Aka-

demiker, insbesondere aus den Wirtschaftslehren, verdankt sie einer über Jahrzehnte entwickelten Vorherrschaft der bürgerlichen Denkweise in diesem Bereich, die der Wirtschaftswissenschaftler Helge Peukert treffend so beschreibt: „Das heute hegemoniale politökonomische Regime wird bestimmt durch eine Allianz aus Zentralbanken, der Finanzgroßindustrie, den Megacorps, Mediengiganten, den Reichen und Wohlhabenden und eben Lehrbüchern und Ökonomen, die stark mehrheitlich das Weltbild dieser Allianz in Sachen Freihandel, Steuern, Rolle des Staates usw. teilen.“ Ein Nährboden aus dem bis heute viele AfD-Funktionäre hervorgehen.

Eine weitere Grundlage auf der die AfD aufbauen kann ist ein, nicht zuletzt von den anderen bürgerlichen Parteien erzeugtes, gesellschaftliches Klima in dem Perspektivlosigkeit und Verarmung verursacht und Nationalismus und Konkurrenzdenken als vermeintliche Lösungen propagiert werden.

Die AfD versteht es auf dieser Basis gezielt vermeintlich soziale Forderungen und populäre Versprechen zu formulieren und so WählerInnen zu ködern.

### Die Partei der kleinen Leute?

Die AfD ist jedoch nicht die Partei, die für eine gerechtere Verteilung des Reichtums oder die „Interessen der kleinen Leute“ steht. Sie vertritt politisch die Interessen des Klientels, aus dem sie sich im Kern zusammen setzt und das sie über direkte und indirekte Spenden finanziert: Deutsche Unternehmer und das wohlhabende Bürgertum. Würde sie dies offen vermitteln, hätte sie jedoch wohl kaum eine Chance, allein mit dem so orientierten Wählerpotential, das insbesondere von FDP und CDU schon relativ stark ausgeschöpft ist, große Wahlerfolge zu erringen. Dementsprechend verfolgt die AfD zunehmend die

Strategie, explizit ArbeiterInnen und Erwerbslose mit einer rechtspopulistischen Agitation zu ködern. Sie verknüpft dabei die soziale Frage stets mit Angriffen auf MigrantInnen oder die „volksfeindlichen“ anderen Parteien. Die tatsächliche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, der eben nicht in der Flüchtlingspolitik o.ä. steckt, verschweigt sie dabei ebenso, wie den Umstand, dass viele ihrer Mitglieder, die aus der FDP, der CDU und der SPD stammen, selbst über Jahre und Jahrzehnte die Politik dieser „Alt-Parteien“ mitorganisiert haben.

Die „sozialen“ Forderungen der AfD sind dementsprechend nur oberflächlicher Natur. Die Grundlage ihres Programms ist eine verschärfte neoliberale Politik, die darauf baut, dass „der Markt“ alles regelt, d.h. dass die Gesellschaft weiter nach Profitinteressen und Konkurrenzdenken ausgerichtet wird, wovon stets nur die Privilegierten profitieren. Privatisierungen sollen vorangetrieben, das Bildungswesen noch weiter nach Kapitalinteressen ausgerichtet und staatliche Leistungen abgebaut werden. Die Politik der AfD steht im Kern für eine weitere Umverteilung des Reichtums zu den Reichen. Sie ist gegen die Erhöhung des Mindestlohns, für Steuersenkungen, die den Reichsten nutzen (und die Mittel für staatliche Investitionen verringern) und will den Einfluss der organisierten ArbeiterInnenbewegung, der Gewerkschaften zurückdrängen. Arbeitsrechte und Schutzmaßnahmen der Beschäftigten werden von der AfD in erster Linie als bürokratische Hürden beschrieben. Was – vordergründig – in ihrem Programm noch an Rechten der Beschäftigten, an staatlichen Aufgaben etc. übrig bleibt, sieht die AfD am ehesten im Themengebiet „Soziales“, d.h. als Almosen der „Leistungsträger“ und nicht als grundlegende Elemente des politischen Systems.

Dass im Falle einer Machterlan-

gung der Rechten dann nicht mehr viel davon übrig bleiben würde, ist leicht am Beispiel der verschiedenen Rechtsregierungen, die es bisher in zahlreichen Ländern gab und gibt zu sehen: Arbeitszeiten werden erhöht, die Rechte der Beschäftigten beschnitten, Umweltschutzgesetze abgebaut, die Medien weiter unter staatliche Kontrolle gebracht und Protest und Widerstand gegen diese Politik mit Repression beantwortet. Die Diskriminierung von Minderheiten gehört dort zum Alltag und dient nicht zuletzt dazu, den ausgebeuteten Massen weiter Sündenböcke für ihren Unmut zu liefern.

### Lügen, Heuchelei und Hetze

Während die AfD sich auch als Partei ausgibt, die für „Recht und Ordnung“ steht und nicht müde wird die Abschiebung „krimineller Ausländer“ zu fordern, befinden sich in ihren Reihen verurteilte rechte Schläger ebenso wie Wirtschaftskriminelle. Mitte 2018 liefen allein gegen rund 10% ihrer Abgeordneten bundesweit Verfahren, u.a. wegen Untreue, Beihilfe zu gefährlicher Körperverletzung, Verbreitung kinderpornographischer Schriften, sexueller Nötigung, Verwendung von Kennzeichen Verfassungswidriger Organisationen und Trunkenheit am Steuer.

Nicht weniger verlogen ist ihr Verhältnis zu „Fake-News“ und den Leitmedien, ihre Hetze gegen Flüchtlinge oder ihr angebliches Eintreten für den Schutz von (deutschen) Frauen.

Auf unserer Webseite sind zu all dem und zu weiteren Aspekten der Politik der AfD Argumente, Zahlen und Fakten zu finden. Sie machen deutlich, dass eine Stimme für die AfD kein sinnvoller „Protest“ gegen die anderen bürgerlichen Parteien ist, und helfen dabei, gegen die Rechtsentwicklung vorzugehen. Es ist eine der dringlichsten Aufgaben der heutigen Zeit den Lügen der rechten Hetzer entgegen treten, im Betrieb und im Bekanntenkreis, dort wo ihre Vertreter öffentlich auftreten und dort wo sie unterschwellig ihre Hetze verbreiten!



Ein Beispiel für den personellen Kern der AfD: Albrecht Glaser, AfD-Gründungsmitglied, stellvertretender Parteiprecher und 2017 Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten. Einst CDU-Politiker und u.a. Stadtkämmerer in Frankfurt a.M. Er war in dieser Funktion bis 2001 u.a. für die Geldanlagen der Stadt in den sog. „Glaser-Fonds“ verantwortlich, durch die der Stadt ein geschätzter Verlust von 80 Millionen Euro entstanden, wurde auch mit schwarzen Kassen in Verbindung gebracht und schließlich abgesetzt. Sein *Fachwissen* reicht bis zur Umweltpolitik: „Die gesamte CO2-Hypothese ist falsch und demnach auch alle Schlussfolgerungen daraus.“